# Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
**Märkischen Zeitung.**

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 45 (1. Blatt) | Mittwoch, den 23. Februar 1921 | 49. Jahrgang


## Ergebnis der gesamten preußischen Landtagswahlen.

(W) Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt. Davon sind

| | |
|---|---|
| Sozialdemokraten | 106 |
| Demokraten | 25 |
| Zentrum | 79 |
| Deutsche Volkspartei | 57 |
| Deutschnat. Volkspartei | 72 |
| Wirtschaftspartei | 4 |
| Unabhängige | 26 |
| Vereinigte Kommunisten | 30 |

Zu diesen 399 neugewählten Abgeordneten treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Wahlkreises 9 (Oberschlesien) hinzu, sodaß sich die Gesamtzahl der 421 Sitze folgendermaßen verteilt:

| | |
|---|---|
| Sozialdemokraten | 113 |
| Demokraten | 26 |
| Zentrum | 90 |
| Deutsche Volkspartei | 57 |
| Deutschnat. Volkspartei | 73 |
| Wirtschaftspartei | 4 |
| Unabhängige | 28 |
| Vereinigte Kommunisten | 30 |

### Die abgegebenen Stimmen u. ihre Verteilung

(W) Für die preußischen Landtagswahlen wurden insgesamt 15 951 330 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die

| | |
|---|---|
| Sozialdemokraten | 4 171 285 |
| Zentrum | 2 964 002 |
| Demokraten | 977 453 |
| Deutschnationalen | 2 892 667 |
| Unabhängigen | 1 055 025 |
| Deutsche Volkspartei | 1 266 587 |
| Kommunisten | 1 207 695 |
| Polen | 12 271 |
| Fraktionslosen | 940 |
| Wirtschaftspartei | 187 345 |
| sonstigen Parteien | 6609 |

### Zur Regierungsbildung in Preußen.

(TU) Zur Regierungsbildung in Preußen schreibt das Berl. Tagebl.: Die demokratisch republikanischen Parteien der gegenwärtigen Regierung in Preußen werden es entschieden ablehnen, daß Ministerien wie das Ministerium des Innern und das Kultusministerium unter keinen Umständen Politiker übernehmen, die, wie die Deutschen Volksparteiler Ganz- oder Halbmonarchisten sind. Sonst würde man die demokratisch-republikanische Entwicklung und die preußische Verwaltung nicht nur gefährden, sondern geradezu abbauen. Es ist selbstverständlich, daß in dieser Kardinalfrage die Demokraten durchaus mit den Sozialdemokraten konform gehen. Man darf annehmen, daß dem Zentrum nach seinen Erfahrungen ein Deutscher Volksparteiler als Kultusminister nicht annehmbar erscheinen dürfte.

Die Vossische Zeitung brachte in ihrer gestrigen Abendausgabe die Meldung, daß in den Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Fehrenbach, dem Reichsminister Koch und dem Abg. Stresemann ein Uebereinkommen über die Bildung einer Regierung der Mitte, einschließlich der Sozialdemokraten erzielt worden sei. Wie die „Neue Liberale Korresp." hierzu erfährt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Irgendwelche Vereinbarungen über Form und Art der Regierung haben nach keiner Richtung hin stattgefunden.

### Die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

(W) Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Januar eine weitere, ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 437 000 auf 495 000, gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa zwei Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

### Die Beratungen des Sachverständigenausschusses.

(TU) Gestern abend hat die letzte Sitzung des engeren Sachverständigenausschusses, an der auch Reichsminister Dr. Simons persönlich teilnahm, stattgefunden. Das Ergebnis der Beratungen wird in einem Votum zusammengefaßt werden, dessen endgültige Fassung im Laufe des heutigen Tages ausgearbeitet und dann dem Reichskanzler unterbreitet werden wird. Freitag vormittag wird dann auch der große Sachverständigenausschuß nochmals zusammentreten, um in Anwesenheit der Regierungsvertreter endgültig zu dem Programm der deutschen Delegierten für die Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Es ist, wie dem Berl. Tagebl. von gut unterrichteter Seite versichert wird, nicht wahrscheinlich, daß die deutschen Gegenvorschläge vor Beginn der Londoner Konferenz veröffentlicht werden. Ueber die Ergebnisse der Sachverständigenberatung wird daher vorläufig noch nichts gesagt werden können.

### Die Ausplünderung Deutschlands.

Außer den bereits mitgeteilten Ansprüchen der verbündeten und assoziierten Mächte für die Entschädigung fordert Portugal: 2 Milliarden Escudos, Tschecho-Slowakei: 6 Milliarden Franken und 7 Milliarden Kronen, Japan: 700 Millionen Yen, Jugoslawien: 5 Milliarden Denare und 18 Milliarden Franken. Bei den Ansprüchen von Polen und der Tschecho-Slowakei erhebt sich die Schwierigkeit, ob diese grundsätzlich zugelassen werden können. Alle diese Ansprüche werden der Berliner Regierung bekanntgegeben, welche ihre Einwendungen vor dem 5. März zu erheben hat. Bis zum 26. März haben sich die verbündeten Regierungen zu äußern, worauf Deutschland eine neue Frist bis zum 15. April erhalten wird, um die letzten Einwendungen vorzubringen. Jedenfalls wird die Wiederherstellungskommission vor dem 1. Mai die Gesamtsumme der Entschädigungen festsetzen.

### Die Ziele der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland.

Welche Ziele seitens der französischen Besatzungsbehörden im Rheinlande erstrebt werden, zeigt eine Anordnung des französischen Bezirksdelegierten für die Pfalz, General de Metz. Diese bestimmt, daß die schulpflichtigen Kinder von Eltern, die früher die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, nach dem Friedensvertrage aber die französische Staatsangehörigkeit erworben haben, aus der allgemeinen Volksschule entlassen und den von der Besatzungsbehörde für Offiziers- und Soldatenkinder eingerichteten Schulen zugewiesen werden. Die Maßnahme steht, wie die Deutsche Allgemeine Ztg. feststellt, zum Friedensvertrage und zum Rheinlandsabkommen im Widerspruch. Eine ähnliche Bestimmung, wie die vom Bezirksdelegierten in der Pfalz getroffene, ist nur für das Saargebiet vorgesehen. Es sind also etwaige Anordnungen der Besatzungsbehörden, die gegen die deutsche Gesetzgebung über das Schulwesen verstoßen, unzulässig. Die einschlägige Gesetzgebung ist in diesem Falle die bayrische. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz erhob gegen die Maßnahmen bei der interalliierten Rheinlandskommission Einspruch.

### Der Völkerbundsrat.

Nach Verlesung der Botschaft der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage erwiderte der Vorsitzende da Cunha u. a.: Eine Note der Vereinigten Staaten an den Völkerbundsrat würde die Aufmerksamkeit des Rates auf 2 Punkte lenken, an denen die Vereinigten Staaten, wie sie sagen, nicht teilnahmslos vorübergehen können. In erster Linie sei es die Insel Yap, deren Mandat Japan versprochen worden war. Diese Insel bilde den Anschlußpunkt für die Kabel des Stillen Ozeans. Die Vereinigten Staaten haben niemals diese Zusprechung an Japan anerkannt und erneuern ihren Widerspruch. In zweiter Linie würden die Vereinigten Staaten Erklärungen über das englisch-französische Abkommen betreffend das mesopotamische Petroleum verlangen.

Der Völkerbundsrat bildete einen Ausschuß mit dem Auftrag, die Anwendung des Artikels 16 des Paktes zu prüfen, welcher die wirtschaftliche Blockade im Falle eines Kontraktbruches betrifft. Dieser Ausschuß wird Vertreter von Frankreich, Italien, Japan, Norwegen und der Schweiz umfassen. Inzwischen wird das Generalsekretariat von den Regierungen, die Mitglieder des Bundes sind, eine Erklärung über die Machtmittel erbitten, welche diesen zur Anwendung des Artikels 16 des Paktes zur Verfügung stehen. Der Rat befaßte sich weiter mit dem Frauen- und Kinderhandel und entschied, daß eine Konferenz in der letzten Juniwoche in Genf zusammentreten soll. Der Rat erhielt einen Brief vom 9. 2., der meldet, daß die Rückbeförderung der in Griechenland zurückgehaltenen bulgarischen Gefangenen und der in Bulgarien festgehaltenen griechischen Kinder in ihre Heimat gute Fortschritte mache. Der Rat sprach den von Hanssen getroffenen Maßnahmen seine Anerkennung aus. Zum Schluß wurde ein Schreiben Wallace verlesen, welches eine Botschaft der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage ankündigt.

Wie aus Washington gemeldet wird, verlautet dort aus dem Staatsdepartement, daß die Vereinigten Staaten an den Völkerbundsrat die Forderung unterbreitet haben, daß alle alliierten und assoziierten Nationen in den Mandatsgebieten Gleichberechtigung erhalten sollen. Der Entschluß des Staatsdepartements in dieser Frage, kurz vor dem unmittelbar bevorstehenden Regierungswechsel vorzugehen, wird seiner Ansicht zugeschrieben, daß der Völkerbund, der jetzt in Paris tagt, eine sofortige Aktion in der Mandatsfrage wie z. B. des Mandates über Mesopotamien und Palästina plant.

### Ein Meinungsaustausch in der Downing-Street.

Wie der Havas-Sonderberichterstatter aus London meldet, fand die erste Vollsitzung der Konferenz Montag nachmittag 4 Uhr im St. Jamespalast statt.

Vertreter der Regierungen von England, Frankreich, Italien und Japan hatten Dienstag vormittag 11 Uhr in der Downing Street einen Meinungsaustausch für bestimmte Fragen, die im Zusammenhang mit dem Vertrage von Sevres stehen. Es wurde beschlossen, die türkischen Vertreter in die Sitzung einzuladen, die am Mittwoch, 11¼ Uhr, im St. James-Palast stattfinden wird. Die Besprechung der Führer der alliierten Abordnungen war ziemlich kurz und nur der Regelung nebensächlicher Fragen gewidmet. Es wurde beschlossen, einen Vertreter der Araber zuzulassen, um deren Auffassung der Lage im Orient und in Bezug auf den Vertrag von Sevres anzuhören, ebenso ein Vertreter der Regierung von Angora. Ein Vertreter des Königs Hussein wird beauftragt werden, vor der Konferenz die Lage in Mesopotamien klarzulegen.

### Das Wohnungsamt Hannover polizeilich geschlossen.

Gestern morgen wurde das Städtische Wohnungsamt am Theaterplatz in Hannover auf Anordnung der Staatsanwaltschaft geschlossen. Beim Zentralwohnungsamt in Berlin war bekannt geworden, daß sich hier Verfehlungen ereignet haben sollen. Daraufhin hat ein auswärtiger Kriminalbeamter, der sich in Hannover als Rittergutsbesitzer mit Frau aufhielt, um eine Wohnung zu suchen, die Untersuchung in die Wege geleitet. Dreißig Beamte der Kriminalpolizei haben auf dem Wohnungsamt und in Privatwohnungen Durchsuchungen abgehalten. Bisher wurden 12 Personen unter dem dringenden Verdacht verhaftet, sich gegen die §§ 331, 332 und 359 des Strafgesetzbuches vergangen zu haben. Die Untersuchung leitet der Oberstaatsanwalt Sorp. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Im Augenblick ist noch kein Einblick in die Grundlagen zu dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu gewinnen.

## Tagesereignisse.

— **(Aufrechterhaltung der Getreidezwangswirtschaft.)** Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister in München hat Montag vormittag 11 Uhr begonnen. Reichsernährungsminister Dr. Hermes ist in München eingetroffen und vom bayrischen Ernährungsminister Wutzelhofer vom Hauptbahnhof abgeholt worden. Der bayrische Ministerrat hat beschlossen, daß Bayern eine weitere Erhöhung der Getreidepreise überlegen und daß die Zwangswirtschaft bis auf weiteres beibehalten wird, während die Ration der Verbraucher und Selbstversorger aber unbedingt erhöht werden soll und alle ähnlichen Maßnahmen und Schikanen gegen Erzeuger und Verbraucher aufhören müssen.

— **(Wirtschaftliche Förderung geistiger Arbeit.)** Der mit dieser Aufgabe betraute Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats besprach Donnerstag den Plan einer durch Reichsgesetz einzuführenden Kulturabgabe zur dauernden Sicherstellung künstlerischer Arbeit. Unter den wirtschaftlichen Verhältnissen von heute können die Verleger künstlerisch wertvolle oder geistig bedeutende Werke nicht ohne Zuschüsse auf den Markt bringen, nur geringere Massenware können sie ohne großes Risiko herausbringen. Dem soll durch eine zehnprozentige Kulturabgabe abgeholfen werden, die von allen nicht durch das Urheberrecht geschützten Werken — in erster Linie also den Klassikern — erhoben werden und die in eine allgemeine Kulturkasse fließen soll. Der Ertrag soll von einem Selbstverwaltungskörper zur Unterstützung verdienter, bedürftiger Autoren, zur Veröffentlichung wertvoller neuer Werke und zu deren Verbreitung in billigen Ausgaben verteilt werden. Eine von den urheberrechtlich geschützten Werken zu erhebende Abgabe soll dem Autor bezw. seinen Erben zufallen. Eine Umgestaltung der Lustbarkeitssteuer und eine Reform des Sortimentshandels sollen eine unnötige Belastung der Bevölkerung durch die Abgabe vermeiden. Der Plan, der von Dr. Roesch begründet wurde, wird weiter geprüft.

— **Der Prozeß gegen Ernst Sonnenfeld und Genossen** begann Montag vor dem Landgericht I in Berlin. Angeklagt sind der Kaufmann Ernst Sonnenfeld, Hermann Sonnenfeld (Vater), Bankbeamter Alexander Wuttke, der Schwager des Ernst Sonnenfeld, Kaufmann Herbert Sonnenfeld, Bruder des Ernst Sonnenfeld, Paula Sonnenfeld (Mutter des Ernst Sonnenfeld), die Korrespondentin Gertrud Schlack, Hauptmann a. D. Ernst von Blankenberg und Ludwigsdorf und der Oberkontrolleur des Reichsbeauftragten für die Bewachung der Ein- und Ausfuhr Kaufmann Heinrich Baumann. Beschuldigt werden Ernst Sonnenfeld wegen fortgesetzter Diebstähle bei Georg Sklarz oder einer von dessen Firmen und des Betruges gegenüber dem Reichsfiskus, Blankenberg wegen Betruges gegen den Reichsfiskus gemeinsam mit Ernst Sonnenfeld und eines Betruges gegen die Nordstern-Versicherungs-A.-G., Hermann Sonnenfeld und Wuttke, Herbert Sonnenfeld und Paula Sonnenfeld der Beihilfe für Ernst Sonnenfeld, gleichzeitig Hermann Sonnenfeld und Herbert Sonnenfeld durch dieselbe Handlung der Hehlerei.

— **(Der moderne Napoleon.)** Der französische Generalissimus Marschall Foch plant nicht nur eine möglichst lange Okkupation des linken Rheinufers, sondern auch die militärische Organisation der Oststaaten gegen Deutschland. Polen, Tschechien, Serbien, Rumänien sollen so schlagfertig wie nur möglich hingestellt werden. Dabei vergißt Marschall Foch, daß er durch diese Aufstachelung des Chauvinismus, des gierigen Nationalismus, wie ihn Lloyd George genannt hat, am meisten die Großmachtssucht aller dieser Staaten aufpeitscht und damit den Keim zu neuen Konflikten aussät. Lloyd George handhabt die Feuerspritze, um den Chauvinismus im Osten zu dämpfen, Marschall Foch gebraucht die Oelkanne. Er scheint seine „Lorbeeren" noch nicht für genügend zu halten. Europa tut aber ein großer Staatsmann heute nötiger, als ein siegreicher Feldherr.

## Die wachsende Heiratslust.

Man wäre fast versucht, diese Tatsache, die sich überall in Deutschland bemerkbar gemacht hat, als würdiges Gegenstück zu der vermehrten Spiel- und Tanzwut nach dem Kriege aufzufassen, wenn man nicht die viel realeren Beweggründe der heutigen Eheschließungen anerkennt. Besonders im vergangenen Jahre hat sich die Zahl der Heiraten gegenüber 1913 fast verdoppelt, gegenüber 1916 fast verdreifacht. Bezeichnend für diese Entwicklung sind die Zahlen, die das „Berl. Tageblatt" aus Groß-Berlin erfahren hat. In Groß-Berlin waren die Zahlen der Eheschließungen 1913: 36 352, 1916: 24 185, 1920: 53 691. Im vergangenen Jahre ist also der Rekord mit über 53 000 Eheschließungen in Berlin geschlagen worden.

In erster Linie sind es rein wirtschaftliche Gründe, die die jungen Brautpaare veranlassen, sich möglichst schnell ehelich zu verbinden. In einem gemeinsamen Haushalte sind die Unkosten relativ weit geringer, als in einem meist unordentlichen Junggesellenleben mit Restaurationsessen usw. Kein Wunder, daß mancher, der des Alleinseins überdrüssig geworden ist, sich nach einem ehelichen Heim mit einer trauten Gattin sehnt. Dazu kommt noch die Wohnungsnot, die die bekannte Bevorzugung von jungen Ehepaaren in der behördlichen Wohnungsvergebung erzeugt hat. Wenn auch viel Unzug gerade mit dieser Bestimmung getrieben worden ist — manche Gauner ließen sich standesamtlich zur Eheschließung anmelden, bekamen daraufhin eine Wohnung und dachten nicht daran, sich zu verheiraten. Wohnungsschieber also! —, so darf man nicht verkennen, daß das Chambre-garni-Leben so viel Unzuträglichkeiten mit sich bringt, daß mancher allein aus diesem Grunde zum biederen Ehemann wird. Beim geschäftliche Gründe spielen mitunter auch die Hauptrolle. Einheiratungen in Unternehmen, bedeutende Mitgiftaussichten bringen manchen Streber, im guten und schlechten Sinne, zu der lang ersehnten Selbständigkeit.

Den erhöhten Eheschließungsziffern stehen betrübenderweise bedeutend zugenommene Ehescheidungen gegenüber. So hat es zum Beispiel im Jahre 1919 fast genau so viel Eheschließungen wie Scheidungen gegeben. Das ist eine logische Folge der Hast, mit der heute alles, auch die Eheschließung, betrieben wird. Das Wort vom Prüfen, wer sich ewig bindet, sollte heute mehr als je beachtet werden. Auch sollte sich jeder ernst zu nehmende Mensch bewußt sein, daß er an dem Wiederaufbau zerrütteter Moral- und Sittlichkeitsbegriffe mitzuarbeiten hat. Die sich neu aufbauende Produktion starker kultureller Werte kann sich nur durchsetzen, wenn sie im gesunden Volkskörper die nötige sittliche Unterstützung erhält.

### Beendigung des Straßenbahnerstreiks.

Die unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich geführten Verhandlungen im Straßenbahnerstreik haben dem Wolffbüro zufolge auf folgender Grundlage zu einer Einigung geführt: Die im Schiedsspruch vom 17. Januar festgesetzten Löhne gelten für verheiratete Arbeitnehmer. In diesen Löhnen einbegriffen ist ein Hausstandsgeld von 1,70 Mk. für Schaffner und Wagenführer und von 25 Pfennige für die Stunde für die Werkstättenarbeiter. Außerdem sind Aufrückungsfristen für Neueinzustellende von 2 auf 3 Monate und von 6 auf 12 Monate festgesetzt. Das jetzt in den Betrieben befindliche Personal rückt nach den bisherigen Fristen auf. Heute finden Versammlungen der Streikenden statt, um zu diesen Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Es ist zu hoffen, daß schon heute mittag der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen wird.

# Westfalen und Rheinland.

**Kamen**, 23. Febr. **(Verschiedenes.)** Die **Maul- und Klauenseuche** geht beständig zurück. Der Höchststand des Seuchenganges war am 15. Oktober 1920 mit 195 943 verseuchten Gehöften erreicht. In Preußen waren an diesem Tage 90 998, das ist weit über die Hälfte der Gehöfte, verseucht. Am 15. Dezember war die Seuche im Reiche bereits auf 121 719 und in Preußen auf 53 593, am 31. Dezember im Reiche auf 83 034, in Preußen auf 41 912 zurückgegangen. Der Stand am 15. Januar 1921 weist einen erheblichen Rückgang auf, und zwar im Reiche auf 58 130 und in Preußen auf 31 899. Besonders stark wütete die Seuche in Oberbayern. Leider sind unter den Zahlen für den 15. Januar eine große Anzahl neuer Seuchenfälle, so in Schleswig-Holstein 240. In fachmännischen Kreisen ist man hier der Ansicht, daß mit einem Erlöschen der Seuche bis zum Beginn des Weideganges schwerlich zu rechnen ist, und daß somit dem Viehstand eine neue Verseuchung droht.

**(Der Wert der Steuerkarten.)** In Arbeitnehmerkreisen ist man sich vielfach noch nicht bewußt, welchen Wert die Steuerkarte mit den entwerteten Marken für sie hat, sodaß sich vielfach Arbeiter oder Angestellte beim Wechsel ihrer Arbeitsstelle garnicht um ihre Steuerkarte kümmern, auch nicht den Wert der eingeklebten Marken mit den einbehaltenen Beträgen vergleichen. Der Grund zu dieser Gleichgültigkeit ist wohl darin zu suchen, daß die Arbeitnehmer vielfach der irrigen Meinung sind, sie hätten ihrer Steuerpflicht allein durch den Lohnabzug vollkommen genügt. Diese Ansicht trifft aber nicht zu. Zunächst ist die Steuerkarte mit den eingeklebten und entwerteten Steuermarken das alleinige Beweismittel dafür, welche Einkommensteuern seitens des Arbeiters und Angestellten bereits in die Reichskasse geflossen sind. Sodann kommt in Betracht, daß die endgültige Veranlagung über das Einkommen während des Kalenderjahres 1920 erst in einigen Monaten auf Grund noch abzugebender Steuererklärungen erfolgt und daß alsdann die durch die Steuerkarten noch nicht nachgewiesenen Beträge nachzuzahlen sind. Den Steuerkarten ist daher ein hoher Wert beizumessen und ein Verlust bringt erhebliche Nachteile. Ihre sorgfältige Aufbewahrung liegt in beiderseitigem Interesse der Arbeiter und der Arbeitgeber. Beim Ausscheiden eines Arbeiters oder Angestellten werden aber auch die Arbeitgeber gut tun, sich von dem Ausscheidenden darüber eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, wieviel Steuermarken von ihnen geklebt und entwertet waren, um sich gegen den im Falle eines Verlustes der Steuerkarte stets möglichen Vorwurf zu schützen, sie hätten den Lohnabzug zwar richtig vorgenommen, aber zu wenig Steuermarken geklebt.

*

## Postpaketverkehr.

In den Kreisen des Publikums besteht vielfach Unklarheit darüber, welche Bestimmungen für die Versendung von Postpaketen unter Wertangabe gelten und wie die Postverwaltung für Wertpakete haftet. Nach der Postordnung müssen Pakete je nach ihrem Umfang und Inhalt sowie nach der Länge der Beförderungsstrecke haltbar und sicher verpackt werden. Für Sendungen bis zum Gewicht von 3 Kilogramm genügt für die Regel, soweit ihr Inhalt nicht von bedeutendem Wert ist, eine Hülle von Packpapier mit fester Verschnürung. Schwerere Gegenstände müssen in mehrfache Umschläge von gutem Packpapier gehüllt werden. Sendungen von bedeutendem Wert sind je nach ihrem Inhalt, Umfang und Gewicht in Pappe, Wachsleinwand oder Kisten zu verpacken. Der Verschluß ist bei allen Paketen so einzurichten, daß ohne Oeffnung oder Beschädigung des Verschlusses dem Inhalt nicht beizukommen ist. Bei gewöhnlichen Paketen und bei Wertpaketen bis 500 Mark kann der Verschluß durch eine gutgeknotete Verschnürung oder, wenn die Hülle aus Packpapier besteht, mit gutem Klebstoff oder mit Siegelmarken hergestellt werden. Versiegelung ist nicht nötig und nicht zweckmäßig. Der Wert ist bei diesen Wertpaketen nicht auf der Sendung, sondern nur der Paketkarte anzugeben. Wertpakete von mehr als 500 Mk. müssen versiegelt werden, ferner ist der Wert sowohl auf dem Paket als auch auf der Paketkarte anzugeben. Für Sendungen, die bares Geld enthalten, gelten bei höheren Wertangaben zur Sicherung des Inhalts besondere Verpackungsvorschriften. Die Haftung der Post im innerdeutschen Verkehr ist weitgehend. Abgesehen von der Fahrlässigkeit des Absenders und der natürlichen Beschaffenheit des Gutes ist die Postverwaltung nur dann von einer Haftung befreit, wenn der Schaden auf unabwendbare Folgen eines Naturereignisses zurückzuführen ist. Aber auch dieser Grund für die Ausschließung der Haftpflicht erfährt noch eine Einschränkung, denn die Post kann sich auf das Naturereignis (Erdrutsch, Blitzschlag, Ueberschwemmung usw.) nur berufen, wenn die schädigenden Folgen des Naturereignisses, sofern die Pakete auf der Eisenbahn, dem gewöhnlich von der Post benutzten Beförderungswege, befördert worden sind, auch für die Eisenbahn unabwendbar waren. Die Post kann sich nicht darauf beschränken, nachzuweisen, daß nur für sie die Folgen des Naturereignisses unabwendbar waren. In allen übrigen Fällen des Verlustes oder der Beschädigung von Wertpaketen, also auch für Schäden, die durch höhere Gewalt entstehen, leistet die Post Ersatz. Nur im außerdeutschen Verkehr ist nach den internationalen Abkommen der Anspruch auf Schadenersatz ausgeschlossen, wenn der Verlust usw. durch höhere Gewalt herbeigeführt worden ist. Bei Bemessung des Schadenersatzes für Wertpakete wird der Betrag der Wertangabe mit der Maßgabe zu Grunde gelegt, daß sofern die Wertangabe den gemeinen Wert der Sache übersteigt, nur dieser ersetzt wird. Bei der Feststellung des gemeinen Wertes wird jetzt allgemein ein üblicher und angemessener Unternehmergewinn berücksichtigt. Die Bestimmungen der Postverwaltung dürften den Anforderungen des Verkehrs und billigen Ansprüchen der Versender gerecht werden. Es ist daher nicht nötig und für den Absender für die Regel nicht zweckmäßig, daß er sich der privaten Wertversicherung bedient. Denn die Pakete, die bei der Post ohne Wertangabe aufgeliefert und bei einer Privatgesellschaft versichert sind, werden im Postbetrieb lediglich als gewöhnliche Pakete behandelt. Der Absender hat also bei der Postbeförderung nicht die Sicherungen, die die Versendung als Wertpaket bietet.

*

Das Reichspostministerium hat einen Gesetzentwurf über die Aenderung der Postscheckordnung ausgearbeitet, der **für die Postscheckkunden nicht unerhebliche Belastungen** in Aussicht stellt. Während bisher die Anfragen über die Höhe der Konten gebührenfrei erledigt wurden, will der Postminister von jetzt ab für die schriftliche Bestätigung über die Höhe der Kontenguthaben eine Gebühr von 1 Mark erheben. Für die Rückbeförderung der Ueberweisung von Konteninhabern wird eine Gebühr von 50 Pfg. erhoben werden. Dazu treten bei brieflicher Uebermittlung die Gebühr für den Einschreibbrief und bei telegraphischer Uebermittlung die Telegrammgebühren.

Für die am 7. März unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Hanicke beginnende 3. Schwurgerichtstagung wurden aus unserem Bezirk folgende Herren **als Geschworene ausgelost:** Knappschaftssekretär Johann Rittenbruch in Kamen, Kaufmann Wilhelm Wagemann in Hufen und Bürovorsteher Willy Voß in Hufen.

**Unserer Pferdezucht droht eine große Gefahr** in dem seuchenartigen Verfohlen und durch die Fohlenlähme. Der Erreger dieser gefährlichen Krankheiten ist dank der verdienstvollen Forschungs-Arbeiten des Herrn Prof. Dr. Mießner an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover seit kurzem bekannt. Dieser Krankheitserreger findet sich sowohl bei Stuten, als auch bei Hengsten, die äußerlich überhaupt keine Krankheitserscheinungen zeigen und somit den Eindruck von kerngesunden Pferden erwecken. Es ist daher allen Stutenbesitzern, die sich mit der Zucht befassen, dringend anzuraten, ihre Stuten auf eine Infektion mit diesen Krankheitserregern schleunigst von einem Tierarzt bakteriologisch untersuchen zu lassen. Die Gestütsverwaltungen und Privat-Hengsthalter lassen deshalb ihre Deckhengste schon frühzeitig genug „schutzimpfen", um durch diese beim Deckakt eine Krankheitsübertragung möglichst zu verhüten. Gewöhnlich ist bei vielen Stuten, die durch wiederholtes Decken nicht zur Trächtigkeit gebracht werden können, eine Infektion mit diesen verderblichen Krankheitserreger vorhanden, der das „Nichtträchtigwerden" verursacht. Infolge der verschiedenen Impfungen kann bei einzelnen Tieren eine etwas stärkere Schwellung an der Impfgegend auftreten, die aber nach einigen Tagen schonender Behandlung wieder von selbst zurückgeht. — Mit Hülfe dieser Impfungen wird das seuchenhafte Verfohlen und die Fohlenlähme, die bisher in manchen Gegenden den Züchtern ganz erheblich finanziellen Schaden verursacht haben, hoffentlich bald eingedämmt sein.

*

## Schadenersatz wegen Absterbens von Bienen durch giftige Gase des Hüttenbetriebs.

Der Rentner K. betreibt in Braubach eine umfangreiche Bienenzucht. Er behauptet in einer Klage gegen die Blei- und Silberhütte Braubach, daß ihm in den Jahren 1899 bis 1918 mehrere Bienenvölker an Vergiftung durch arsenikhaltige Dämpfe aus der Hütte der Beklagten eingegangen seien. Durch den Tod der Bienen sowie infolge des mangelnden Honigertrages und der Minderbefruchtung seines Obstes sei ihm ein Schaden von insgesamt 23 674 Mark entstanden. Die Beklagte bestreitet den Anspruch des Klägers mit dem Hinweis darauf, daß ihr Hüttenbetrieb staatlich genehmigt ist. Die schon im Jahre 1912 erhobene Klage führte zu einem langjährigen Rechtsstreit, der nach umfangreichen Beweiserhebungen und mehreren Instanzurteilen endlich seinen Abschluß vorm Reichsgericht gefunden hat. Nachdem das Landgericht im ersten Rechtszuge die Ansprüche des Klägers zum Teil für begründet erklärt hatte, erkannte das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. auf Abweisung der Klage. Auf die Revision des Klägers hat dann das Reichsgericht **das Urteil** des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Nunmehr erklärte das Oberlandesgericht die Ansprüche des Klägers auf Ersatz des ihm in den Jahren 1910 bis 1918 entstandenen Schadens für begründet, wies dagegen seine Ansprüche für die Jahre 1899 bis 1909 als unbegründet ab. Das Oberlandesgericht hat in der erneuten Verhandlung festgestellt, daß bei einer Reihe von Oefen, denen giftige Gase entströmen, ein bewußt konzessionswidriger Betrieb der Beklagten stattgefunden hat und daß deshalb der Klageanspruch für die Jahre 1910 bis 1918 begründet ist. Dagegen hebt das Oberlandesgericht das Vorkommen von Arsendämpfen in der Umgebung der Hütte der Beklagten vor dem Jahre 1910 nicht als erwiesen an. Gegen das zweite Urteil des Oberlandesgerichts hatten beide Parteien erneut Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der höchste Gerichtshof hat diesmal beide Revisionen zurückgewiesen und das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt bestätigt. (Aktenzeichen: V. 261/20. — 18. 12. 20.)

*

**Weddinghofen**, 23. Febr. **(Gemeinderatssitzung.)** Gemeinsam mit der Gemeindevertretung von Oberaden wurde in der letzten Sitzung beschlossen, den Weg von der Kreisstraße Oberaden-Heil nach Weddinghofen der Kreisverwaltung für den Ausbau als Kreisstraße dringend in Vorschlag zu bringen. Der Erhöhung der Beiträge von Seiten der Feuerwehr-Unfallhilfskasse wurde zugestimmt, und zwar aus dem Grunde, weil die Kasse ihre Versicherungsbedingungen bedeutend erweitert hat. Bei Abnahme der Jahresrechnung pro 1919 fand sich nichts zu erinnern und wurde dem Rendanten Entlastung erteilt.

**Weddinghofen**, 23. Febr. **(Streit.)** Ein Hauswirt geriet mit seinem Einwohner vor wenigen Tagen wegen Meinungsverschiedenheiten in eine arge Schlägerei, im Verlaufe derer sich die Streitenden derart mit gefährlichen Gegenständen bearbeiteten, daß sie die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußten.

**Oberaden**, 22. Febr. **(Selbstmord.)** Gestern vormittag wurde am Kanalbau eine Frau aus dem Wasser gezogen, die dort den Tod gesucht hatte. Die Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

** **Dortmund**, 22. Febr. **(Verschiedenes.)** Die Zahl der beim städtischen Wohnungsnachweis Wohnung suchenden Familien ist auf etwa 9000 gestiegen. Dieser Zahl steht nur ein verschwindend geringes Angebot von Wohnungen, die durch Neubau oder Umzug verfügbar werden, gegenüber. Das Wohnungsamt ist, durch diese Sachlage veranlaßt, dazu übergegangen, eine Scheidung der Wohnungsuchenden in dringende und nicht dringende vorzunehmen. Künftig werden jung verheiratete Eheleute, die vor Vollendung des 24. Lebensjahres des Ehemannes geheiratet haben, nicht in die Dringlichkeitsliste eingetragen. Wenn die Eheschließung in der Zeit zwischen dem vollendeten 25. und 35. Lebensjahre des Ehemannes erfolgt, so findet die Aufnahme in die Dringlichkeitsliste nur beim Vorliegen besonders triftiger Gründe statt. Nur wenn die Ehe noch nach Vollendung des 35. Lebensjahres des Ehemannes geschlossen wurde, soll in der Regel die Dringlichkeit anerkannt werden.

**Dortmund**, 22. Febr. **Großes Aufsehen** erregte im Sommer 1919 die Verhaftung des Händlers Hermann Röthig und die Beschlagnahme von großen Lagerbeständen Sauerkraut, Dörrgemüse, Faßgemüse, Marmelade, Kartoffelwalzmehl usw. im Werte von mehr als 1 Million Mark. Es wurde das Gerücht verbreitet, daß die bei Röthig beschlagnahmten Waren von Beamten des Proviantamts Kassel verschoben worden seien. In dreitägiger Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer wurde zunächst einwandsfrei festgestellt, daß von einer Verschiebung keine Rede sein konnte. Das Proviantamt und das Proviantdepot Kassel war im Frühjahr 1919 in den Besitz von Unmengen Sauerkraut und Gemüse gelangt, die im Hinblick auf die warme Jahreszeit abgestoßen werden mußten, wenn sie nicht verderben sollten. Mit Not und Mühe gelang es dem Proviantamt, mit dem Händler und Landwirt Happel aus Spechtswinkel bei Neustadt in Hessen ein Geschäft abzuschließen, das für rund 1 Million Waren umfaßte. Happel hatte große Mühe, einen Abnehmer für die übernommenen Lebensmittel zu finden. Endlich gelang es ihm, den Händler Hermann Röthig in Dortmund zum Kauf des gesamten großen Postens zu bewegen, nachdem dieser sich von dem Proviantamt zu den ungängigen Waren noch Marmelade und Kartoffelwalzmehl als gangbare Artikel hatte dazu geben lassen. Röthig suchte und fand allerlei Käufer. Die Voraussetzung, die Waren nur an Kommunalverbände abzugeben, erfüllte er nicht. Wohl ließ er die Waggons von Kassel an Kommunalverwaltungen im Industriegebiet und anderwärts abgehen, um sie, da die Annahme dort verweigert wurde, zu freier Verfügung in die Hand zu bekommen. An Happel, der bei durchschnittlich 20% Aufschlag einen Gewinn von 190 000 Mark aus dem Geschäft erhoffte, zahlte er etwa 250 000 Mark. An 2 Hamburger Kaufleute verkaufte Röthig je einen Waggon Kartoffelwalzmehl als gutes Kartoffelmehl für 70 000 bezw. 60 000 Mark. Er will des Glaubens gewesen sein, daß er von Kassel Kartoffelmehl und nicht Walzmehl gekauft habe. Auf die Anzeige der Hamburger erfolgte das Einschreiten der Polizei. Röthig hat die Marmelade und das Kartoffelwalzmehl mit einem Aufschlag bis zu 300% offeriert und verkauft. Dazu besaß er die Erlaubnis zum Großhandel nicht, auch war ihm wegen Unzuverlässigkeit jeder Handel untersagt worden. Nachdem er aus der Haft entlassen, hat er noch immer Großhandelsgeschäfte gemacht, z. T. unter dem Deckmantel seiner Angestellten Frl. Therese Kramer. Dann hat er sich von der Stadt Unna als Kartoffelaufkäufer nach Pommern schicken lassen, aber Kartoffeln nicht nach Unna, sondern an Kantinen und Private geschickt. Dabei hat er, allerdings vergeblich, versucht, Lechen zum Austausch von Kohle gegen Kartoffeln zu bewegen. Beim Kartoffelaufkauf in der Magdeburger Gegend wurden er wieder und seine Angestellte Kramer verhaftet. Die Strafkammer verurteilte den Röthig wegen unerlaubten Großhandels, Kettenhandels und Preistreiberei zu 6 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe. Der übermäßige Gewinn aus dem Kartoffelmehlgeschäft und der Erlös aus dem Geschäft mit Happel werden eingezogen. Happel kam wegen unerlaubten Großhandels, Kettenhandels und Preistreiberei mit 6000 Mark Geldstrafe davon. Gegen andere in die Sache verwickelte Personen konnte, da sie flüchtig sind, noch nicht verhandelt werden.

(s) **Wittbräucke**, 22. Febr. **Ein frecher Einbruchsdiebstahl** wurde in einer der letzten Nächte in der Villa Funcke hierselbst ausgeführt. Die Spitzbuben stiegen durch ein zertrümmertes Fenster ein und entwendeten Silbergegenstände, insbesondere Eßbestecke, gezeichnet A. H., Z. G., H. F. und G. B., im Werte von etwa 15 000 Mk. Die Diebe sind leider unerkannt entkommen.

„=" **Gelsenkirchen**, 22. Febr. **(Der Todeskandidat abgewiesen.)** Am 20. November v. Js. war vom Schwurgericht Essen der Wiegemeister Johann Grabowski aus Haspe wegen Raubmordes an der Frau Röttgen-Gelsenkirchen zum Tode verurteilt worden. Grabowski hatte beim Reichsgericht Revision gegen dieses Urteil eingelegt. Das Reichsgericht hat diese Revision, da sie unbeachtliche Rügen enthielt, als unbegründet abgewiesen.

(h) **Gelsenkirchen**, 22. Febr. **(Ein Wächter erschossen.)** Am letzten Donnerstag abends gegen 10.30 Uhr traf der Wächter Walter Pröpper, wohnhaft Frankenstraße 34, auf seinem Dienstgange gegenüber dem Eingangstor zur Dampfkesselfabrik Gewerkschaft „Orange" in Bulme einen Mann, der mehrere offenbar gestohlene Kupferformen trug. P. wollte dem Manne die Kupferformen abnehmen. Hierbei kam es zunächst zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Wächter aus einer leichten Pistole (Kaliber 6,35) zwei Schreckschüsse abgab. Der Spitzbube ließ sich jedoch hierdurch nicht bewegen, die Kupferformen abzugeben, vielmehr zog er plötzlich einen Revolver und gab aus nächster Nähe einen Schuß auf Pröpper ab. Ins Herz getroffen, sank Pröpper tot um. Pröpper, der erst 32 Jahre alt war, arbeitete erst seit einem Jahre hier und hinterläßt seine Frau mit einem Kind.

*

## Der Wasserturmprozeß.

** **Essen**, 22. Febr. Eine frühere Sanitäterin der Roten Armee wird vernommen. Die Frau macht einen ordentlichen Eindruck; ihre Angaben macht sie mit Bestimmtheit und in glaubwürdiger Form. Dieselben sind interessant, sie tragen aber dazu bei, das Bild Tombrocks noch mehr zu verwischen. Sie erzählt, daß ihre Kolonne auf dem Wege nach Stoppenberg auf ein Auto gestoßen sei, dem ein Mann entstieg, der den Rotgardisten Mitteilung von angeblich verübten Grausamkeiten der Reichswehrtruppen an Krankenschwestern machte. Tombrock habe im Anschluß daran zu seinen Leuten gesagt: „Leute, nun wißt Ihr ja Bescheid. Es wird alles niedergemacht, was vor die Flinte kommt." In den ersten Nachmittagsstunden habe Tombrock dann auch noch den Mantel eines grünen Polizisten gebracht und dabei geäußert: „Der Mann, der in diesem Mantel steckte, ist von mir abgemurkst worden." Für Tombrock selbst sind diese Aussagen, wenn ihre Richtigkeit bewiesen würde, belastend. Die Aussage der Sanitäterin steht den Angaben, die Tombrocks Leute über ihn machten, gegenüber. Seine Leute beschuldigen ihn des Spitzeltums und der fortgesetzten „Bremserei". Wer von beiden gibt das richtige Urteil ab? Interessant ist die Gegenüberstellung Tombrocks mit der Sanitäterin. Er bestreitet die ihm zur Last gelegte Aeußerung sehr energisch. Als er wegen des grünen Mantels befragt wird, sagt er zu der Frau in vorwurfsvollem Tone: „Da müssen Sie sich aber kolossal getäuscht haben, Frau Rixen." Durch zwei weitere Zeugen wird der Nachweis erbracht, daß Tombrock zur angegebenen Zeit sich in deren Hause befunden habe. Trotz alledem bleibt die Frau bei ihren Angaben. Als der Vorsitzende Tombrock fragt, ob er nicht am Schlacht- und Viehhof dabei gewesen sei, antwortet er: „Herr Vorsitzender, was man mir da von den Kämpfen am Schlachthof und in Stoppenberg gerne in die Schuhe schieben möchte, ist alles Utopie." Ein gleichfalls vernommener Zeuge der Einwohnerwehr, der von Tombrock verbunden und abtransportiert worden war, hatte früher schon gesagt, daß Tombrock erst in Hörde eine aufreizende Rede an die Menge gehalten habe. Bei seiner nochmaligen Vernehmung hält er diese Angaben aufrecht und fügt hinzu, daß Tombrock für die Verwundeten eingetreten sei, als sie von Rotgardisten bedroht wurden. Tombrock selbst erwähnt, daß er zur Zeit der Unruhen keiner Partei angehört habe und daß es sich für ihn nicht um die Partei, sondern um den revolutionären Charakter überhaupt gehandelt habe. Die Gefangenen habe er nicht freilassen können, weil er dadurch seine Genossen betrogen hätte; daß er die Gefangenen von Dortmund mit nach Hörde genommen habe, sei aus rein menschlichen Erwägungen, nicht aber deshalb geschehen, um nach außen hin seine Zugehörigkeit zur Partei zu bekunden. Alsdann macht der von der Verteidigung geladene Zeuge Hornig seine Aussage. Er war früher Maurer und Bergmann, will jetzt Rechtskonsulent sein und hat während der Unruhen in Dortmund das Amt des Generalzensors ausgeübt. Tombrock soll ihm kurz vor dem Sturm gesagt haben, jener Grüne, der ihm in den Weg käme, sollte niedergeschlagen und der Turm selbst, falls die Uebergabe nicht erfolge, in den Boden geschossen werden. Weiter soll Tombrock in Remscheid erzählt haben, daß er auch zwei Grüne ins Jenseits befördert habe. Der Zeuge behauptet, Tombrock habe zusammen mit einem Oberleutnant versucht, unter den Flüchtlingen einen Putsch zu inszenieren, in der Absicht, der wartenden Reichswehr Gelegenheit und Anlaß zum weiteren Vormarsch zu geben. Der Verdacht sei ihnen durch die allzu offene Art und Weise gekommen, in der die Beiden von ihren Plänen sprachen. Tombrock steht während dieser Ausführungen dem Zeugen gegenüber, und als er geendet hat, sagt er mit aufgeregter Stimme: „Es ist zu verstehen, daß die Kommunisten ihre Denunziantenmeute auf mich loslassen. Ich habe den Oberleutnant überhaupt nur einmal gesehen, und das war bei einer anderen Gelegenheit." Die Vernehmung des nächsten Zeugen, Unterwachtmeister Stenzel, ebenfalls Verteidiger des Wasserturms, bringt nichts Neues zutage. Er ist auch einer von denjenigen, die nach der ersten Generalmeuterei später noch an die Wand gestellt wurden und im letzten Augenblick durch das Dazwischentreten eines Chauffeurs von einem Feuerwehrauto gerettet wurde. Dennoch hat ihn unmittelbar darauf ein Rotgardist mit dem Kolben lazarettfähig geschlagen. Stenzel hält es für ganz ausgeschlossen, daß nach dem Erscheinen der weißen Flagge von der Verteidigung noch geschossen wurde. Oben im Turm sei in dem Moment niemand mehr gewesen. In dem Angeklagten Knoche meint der Zeuge — aber nur ganz unbestimmt — einen Wasserturmkämpfer wieder zu erkennen, der ihm im Innern des Turmes mit einem schwarzen Hut entgegengetreten sei. Knoche erklärt, daß er eine Militärmütze getragen habe, was ihm dann von Tombrock bestätigt wird.

**Die oberschlesische Frage ist zu einem guten Teil die Frage nach der Existenzberechtigung des französischen Rentners. Frankreich hat vor dem Kriege Milliarden im Osten angelegt. Diese sind verloren, wenn der Bürge Polen sein Versprechen Frankreich gegenüber nicht wahr machen kann. Polens Ausbeutungsobjekt soll Oberschlesien sein, aus dessen Ueberschüssen allein es seinen Verpflichtungen nur nachkommen kann. Deutscher Arbeiter, du stehst wie jeder unserer Volksgenossen in Schuldknechtschaft; laß auch unsere Bedrücker ihr Brot ehrlich, nicht nur durch Kuponschneiden verdienen! Rette Oberschlesien!**

** **Duisburg**, 22. Febr. **(Zuchthausstrafe gegen einen Großschieber.)** Schwindelhafte, in die Milliarden gehende Betrügereien wurden vor der hiesigen Strafkammer in einem auf mehrere Tage angesetzten umfangreichen Prozeß behandelt. Das Merkwürdige bei diesen Schwindeleien war, daß die Angeklagten bei ihren Opfern, unter denen sich auch die Städteverwaltungen Hannover und Leipzig befinden, den Eindruck zu erwecken suchten, daß sie Schieberwaren verschaffen könnten. Durch Uebergabe gefälschter Duplikatfrachtbriefe ließen sie sich überaus hohe Summen für die vorgeschwindelten Waren (Reis, Kohlen, Ammoniak), die aber in Wirklichkeit nicht vorhanden waren, auszahlen. Als Beteiligte an den Betrugsfällen standen 15 angeklagte Kaufleute aus den Städten Duisburg, Oberhausen, Düsseldorf und Hamburg vor dem Richter. Haupttäter waren der frühere Pächter der Blumensäle in Oberhausen Gustav Nelzer und ein Kaufmann aus Oberhausen, August Lütkecken. Nelzer hatte mit dem Einkäufer der Stadt Hannover ein Geschäft über 3 Waggon Reis im Werte von ungefähr 155 000 Mark abgeschlossen. Das Geld wurde gegen Vorzeigen des gefälschten Duplikatfrachtbriefes ausgezahlt. Nelzer hatte sich unter anderem für das Geld einen Gutshof in Soldau gekauft. Ein gleich schwerer Betrug richtete sich gegen die Stadt Leipzig, wo der Angeklagte Lütkecken als Haupttäter fungierte und durch allerlei falsche Manipulationen von der Fleischverteilungsstelle der Stadt Leipzig 643 000 Mark erschwindelte. Das Gericht erkannte wegen der Betrügereien gegen den Haupttäter Lütkecken auf eine Strafe von 2½ Jahren Zuchthaus, gegen Nelzer auf 2 Jahre Gefängnis. Für die übrigen Angeklagten wurden Strafen von 2 Monaten **bis zu 2 Jahren Gefängnis verhängt.**

Nr. 45 Zweites Blatt

# Kamener Zeitung

Mittwoch, den 23. Februar 1921

Freihändig an Jedermann ohne Scheine!

## Reichswaren

Freihändig an Jedermann ohne Scheine!

**Erstlings-Hemdchen** Stück 2.50 | **Mädchen-Hemden**

| Grösse | 45 | 50 | 60 | 70 |
|---|---|---|---|---|
| Preis | 8.30 | 10.30 | 12.00 | 13.90 |

**Kinder-Schürzen**

| Größe | 50 | 60 | 70 |
|---|---|---|---|
| Preis | 11.90 | 13.75 | 15.65 |

Damen-Träger- **Schürzen 26.50** | **Bord-Schürzen 20.00**

**Hauskleider** (Bluse und Rock) **70.-**

**Stoff** für Anzug, Kostüme, 140 breit, 71.70

### Kaufhaus Lorig,

KAMEN Weststraße 26.

— Außerdem empfehlen wir: —

Normalhemden 27.50 | Unterhosen 17.50 | Kinderjäckchen gestrickt 4.25

Hemdenbiber ungebl. Meter 12.00 | Handtuch 8.00 | Gardinen Meter 12.50

Herrensocken 6.95 | Trägerschürze Wiener Schnitt 25.50 | Wolle 10 Bund 6.75-12.00

Costüm-Röcke grau 35.00 blau 37.50 | Schürzenstoff dunkelgestreift Meter 17.50

### Kaufhaus Nentwig,

KAMEN Weststraße 63.

— Außerdem empfehlen wir: —

Gruben-Kittel 19.75 | Knaben- u. Herren-Sweater 28.00 | Herren-Socken 7.50

Kinderleibchen in allen Größen . . . . . 3.50 | Knaben-Sweater-Anzüge . . . . . 65.00

Damenstrümpfe schwarz, weiß u. braun 6.75

Läuferstoffe 29.75
Bettvorlage 35.00
Wachstuche 15.75

Arbeitshemd 27.50

## Kaufhaus Lorig, Kamen.

## Kaufhaus Nentwig, Kamen.

# Vor der Entscheidung!

**Am Donnerstag, den 24. d. Mts., abends 8½ Uhr, spricht in Reinhards Saal der große aufsehenerregende**

## Volksredner B. Dietz, Düsseldorf,

über:

## 1. „Kapitalismus, Staat und Gesellschaftselend".
## 2. „Fortschritt oder Untergang".

Wir laden sämtliche Bürger, Hand- und Kopfarbeiter zu dieser Versammlung. Die tüchtigsten Diskussionsredner sind herzlichst eingeladen. Desgleichen sämtliche Partei- und Organisationsfunktionäre aller Parteien und Gewerkschaften.

**Eintritt 50 Pfg.** **Eintritt 50 Pfg.**

**Bürger, Arbeiter, Beamte und Frauen erscheint in Massen!**

**Die Einberufer.**

904

## Sportverein Kamen von 1913 e. V.

Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr,

**Monats-Versammlung**

im Schützenhof (W. Reinhard.) 924

Wir bringen hiermit unsern Versicherungsnehmern zur Kenntnis, daß die Vertretung unserer Gesellschaft Herr

**Max Präkelt**
Lindenbergstraße 4

übernommen hat. 913

**Versicher.-Gesellschaft „Turingia" in Erfurt.**

## Welt geht zu Ende

**Millionen jetzt lebender Menschen werden nie sterben!!**

## Großer öffentlicher Vortrag

über obiges Thema am **Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr,** Kamen, Oststraße, Restaurant „Zur Krone."

Redner: **F. Jung-Siegen.**

Aus dem Inhalt: Ist ein Ende unseres Planeten gemeint? Was heißt Weltende? Steht eine Katastrophe bevor? Wir kommt sie? Das einzigste Heilmittel. Ist ewiges Leben für Menschen denkbar? Was sagt die Bibel? Was die Wissenschaft? „Erst finstere Verzweiflungsnacht und dann ein heller Morgen." Eine letzte Warnung an die gegenwärtige Generation.

Wer Aufschluß wünscht über die ernste Bedeutung unserer Zeit, der besuche diesen religiösen Vortrag, der augenblicklich von Bibelforschern in allen Teilen der Welt gehalten wird. In Dresden viermal vor annähernd Zehntausend wiederholt.

**Eintritt frei!** (1. Kor. 9, 18.) **Jeder willkommen!**

**Vereinigung ernster Bibelforscher.** 891

**Zwangsversteigerung!**

Am Donnerstag, den 24. d. Mts., werde ich beim Wirt Rieder, hier:

**2 Vertikows u. 1 Sessel**

mit Plüschbezug öffentl. meistbietend gegen Barzahlung versteigern. p915

Kamen, d. 22. Febr. 1921

**Falley,**
Gerichtsvollzieher.

## Elektrotechn. Installationsgeschäft Carl Fluhme

Telephon 198 Bergkamen

**Elektr. Licht- und Kraftanlagen**

**Elektro-Motore** in jeder Spannung und Stärke ab Lager oder sofort ab Fabrik lieferbar.

**— Fabrikat Simens-Schuckert. —**

Sämtliche Beleuchtungskörper und Ersatzteile Osram- u. Wotan-Birnen von 10-4000 K ab Lager Motore können im Betrieb vorgeführt werden.

Konzessioniert b. **Städt. E.-W. Dortmd., Verbands-Elk.-Werk Dortmd., Städtischem E.-W. Kamen.** 438

## Kautabak

von Grimm & Triepel
**Nordhausen**
**in Güte unerreicht.**

## Hans Dolle,

Tabakwaren-Großhandlung,
Fernruf 2 **Kamen** Markt 16.
429

Wer sich ernstlich unterrichten will über die **Zukunft des Christentums** und den festen Vorsatz hat, ein rechter Jünger zu werden, um für die 905

**baldige Wiederkunft Christi**

vorbereitet zu sein, erhält auf Wunsch vollständig kostenfrei die Schriften der Christengemeinde durch **Fr. Thermann, Essen W 4, Hagenbeckstr. 86, 2 Tr.**

**Gold und Silber**
kauft ständig zu höchsten Preisen
**Aug. Muth Nachflg.,**
Inh.: **E. Daberkow,**
783 Juwelier, Unna,
Bahnhofstr. 29, Fernruf 714.

Prima

## Runkeln

wieder vorrätig. 919

**W. Neff,**
**Bahnhofstraße,**
Telephon 122.

Eine Fuhre guten

## Dünger

zu verkaufen. 917
Zu erfr. in d. Gesch.

## Damen-Sommer-Hüte

zum Umpressen bitten wir frühzeitig zu bringen. 888

Neueste Modeliformen sind eingetroffen.

**Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.**

## Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
**Pastor Felkes Heilweise**
**Unna, Bahnhofstraße 49**
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

## Fahrrad

gut erhalten, zu verkaufen.
**Bahnhofstraße 48.**



## Ziege

zu verkaufen. April zum dritten mal melkwerdend.
**Ww. Engler, Kaiseran, Wasserkurlerstraße 42.**

## Lehrmädchen

oder jüngere

## Verkäuferin

per sofort gesucht. 911

**Gebr. Sirringhaus**

Suche zum 1. März ein evangl., tüchtiges

## Mädchen

**Frau Landrichter Stäps,** 877
**Dortmund,**
**Hagenstraße 23.**
Meldungen bei Frau Geheimrat Lenzmann, Kamen, Bahnhofstr. 52.

Jüngeres

## Stundenmädchen

für leichte Hausarbeit morgens gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle. 906

Sauberes 921

## Mädchen

für halbe Tage gesucht.
**Bahnhofstraße 27.**

Sauberes 912

## Mädchen

nicht unter 15 Jahren für sofort gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mädchen, 18 Jahre alt,

**sucht Stellung**

für alle Hausarbeit, auch in Wirtschaft. 914
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Kam. Zeitg.

Wenn Sie ein wirklich elegantes

## Einsegnungskleid od. Mantel

billig kaufen wollen, dann besichtigen Sie bitte mein gut sortiertes Lager. Reichhaltige Auswahl in

**Engel-Kleidern, Engel- und Kommunion-Kränzen**

sowie dazu passender **Wäsche.**

**Kleiderstoffe** in schwarz und farbig in allen Preislagen.

Große Auswahl in 910

**Konfirmanden-Anzügen, Hüten, Schuhen u. s. w.**

## Kaufhaus Nentwig,

**Kamen, Weststraße 63.**

Eine kleine 900

## Zentrifuge

zu verkaufen.
**G. Schönfelder,**
**Overberge 103,**
Nähe Beine-Mühle.

2 Herren- 907

## Anzüge

billig zu verkaufen.
**Weststraße 26.**

## Drucksachen

liefert in geschmackvoller Ausführung die **Buchdruckerei der Kamener Zeitung**

# Ein Sozialdemokrat über Rußland.

Der amerikanische Sozialist M. Schwartz von New Francisco, der kürzlich in Deutschland landete, nachdem er vier Monate lang Bekanntschaft mit russischen Gefängnissen gemacht und dabei seine Frau verloren hatte, wurde von dem Berliner Vertreter der Associated Preß über seine Erfahrungen in Räterußland ausgefragt. Schwartz erklärte, der Kommunismus in Rußland sei Räuberei. Er dulde Gefangennahme, Verfolgung und Hinrichtung ohne Gerichtsverfahren, er habe Rußland Hungersnot, Krankheit und Tod gebracht. Er sei keine Regierung, sondern eine schlimmere Autokratie als das Zarenregiment, unter dem er, Schwartz, länger als 20 Jahre gelebt habe, und das er deswegen mit dem jetzigen Regime zu vergleichen in der Lage sei. Er werde den Arbeitern Amerikas die Wahrheit über die Räteregierung, die er früher in Amerika unterstützt habe, erzählen. Der Zweite Kongreß der Dritten Internationale, dem er im vorigen Juni mit seiner Frau beigewohnt habe, sei nichts anderes gewesen als Sinowjew, Bucharin, Lenin und Trotzki. Die ganze Geschichte sei von vornherein ausgekocht gewesen; den Kongreßmitgliedern sei gesagt worden, was sie zu tun hätten, und sie hätten nicht gewagt, etwas anderes zu tun. Was er wahrgenommen habe, habe ihm das Herz gebrochen. Er sei sich klar geworden, welchem furchtbaren Irrtum er und seine Frau vor ihrer Ankunft in Rußland verfallen gewesen seien, und sie hätten ihre Enttäuschung nicht verbergen können, so daß die Bolschewiken ihren Gefühlszustand erkannt hätten. Crispien, Dittmann, Däumig und Stöcker, die vier deutschen Abgesandten, hätten ihn um seine Meinung gefragt, und er hätte ihnen freimütig erzählt, daß das keine Regierung sei, und daß es unnötig sei, ein Elend zu erörtern, das auch dem oberflächlichsten Beobachter nicht entgehen könne. Seine Offenherzigkeiten hätten ihm wahrscheinlich die bald folgenden Unannehmlichkeiten eingebracht. In der Nacht vom 6. August wäre er mitsamt seiner Frau im Hotel durch eine bewaffnete Wache verhaftet und getrennt ins Gefängnis geworfen worden. Nach zwei Monaten sei er gefragt worden, ob er in Amerika einen ungünstigen Bericht erstatten werde, falls man ihn freilassen würde. Auch seine Frau sei dann gerufen worden, die erklärte, sie habe keine Tränen mehr zu vergießen und sie könne wahrscheinlich nicht einmal mehr schreien wegen der großen Ungerechtigkeit, die ihr gerade von den Leuten widerfahren sei, für die sie 20 Jahre gewirkt habe. Man sagte beiden, sie würden sofort entlassen werden, aber die Freilassung erfolgte erst fünf Tage später mit der Weisung, unverzüglich zur Bahn zu gehen. Da sie ihr Gepäck, ihre Papiere und ihre 3000 amerikanischen Golddollar, die sie mitgebracht hatten, nicht zurückerhielten, verweigerten sie die Abreise und wurden zusammen in ein andres Gefängnis gesteckt, wo Frau Schwartz, als einziges weibliches Wesen, in einer Zelle von 20 Quadratfuß mit 30 andern Männern zusammengepfercht wurde. Schließlich erklärte Frau Schwartz, lieber an den Hungerstreik zu gehen und den amerikanischen Arbeitern durch ihren Tod das schreiende Unrecht zu verkünden, als solch eine unwürdige Behandlung weiter zu ertragen. Sie schrieb an Tschitscherin, Trotzki und Lenin, die sie alle persönlich kannte. Fünf Tage später wurden sie ohne einen Pfennig nach Reval geschickt, wo der amerikanische Verein christlicher junger Männer sich der beiden annahm. Frau Schwartz hatte aber bereits so schwer gelitten, daß sie dort zu Grabe getragen werden mußte. Als der bolschewikische Gesandte in Reval hörte, daß Schwartz über die russischen Verhältnisse zu sprechen beabsichtige, ließ er ihn kommen und sagte ihm, er wolle ihm Geld besorgen, falls er Reval verlassen wolle. Einige Tage später wurden ihm 500 englische Pfund ausgezahlt mit dem Ausdruck des tiefen Bedauerns über den schrecklichen Irrtum, dessen Opfer sie geworden seien.

Auf die Frage, ob nach seiner Meinung die Vereinigten Staaten den Handel mit dem bolschewikischen Rußland wieder aufnehmen sollten, erklärte Schwartz, er sei sich darüber noch nicht klar. Die Wiederaufnahme des Handels würde zweifellos Hunderttausende von Leben retten, aber sie würde ebenso die Bolschewiken instandsetzen, größere Kriegsvorkehrungen zu treffen und ihnen die Gelegenheit geben, sich damit zu brüsten, sie hätten einen großen Sieg errungen in ihrem Bestreben, die Weltrevolution hervorzurufen. Die amerikanischen Arbeiter würden auf Grund seines Berichts selbst zu entscheiden wissen, welcher Weg einzuschlagen wäre. Die sogenannte Räteregierung könne er überhaupt nicht als eine Regierung betrachten. Die bekannte Anarchistin Emma Goldmann habe ihm in Rußland erzählt, sie wolle lieber in Amerika im Gefängnis sitzen als in Räterußland frei sein. Die Räteregierung werde niemals aufhören, gegen Polen zu kämpfen, bis Polen ebenfalls eine bolschewikische Regierung habe. Er habe 14 russische Gouvernements besucht und habe Gelegenheit gehabt, die Vorbereitungen der Bolschewiken für den Krieg zu beobachten. Sie hätten Waffen und Munition hergestellt und hätten Armeerationen und Vorräte angehäuft. In Tula allein hätte er gesehen, wie man täglich 2000 Gewehre fertiggestellt habe. Bolschewikische Beamte hätten ihm erzählt, vier Millionen Mann seien unter Waffen, und es bestehe nicht die Absicht, sie aufzulösen. Nach der Ansicht von Schwartz mögen diese Zahlen übertrieben sein, aber Trotzki und Lenin seien zu schlaue Politiker, um daran zu denken, irgendwelche Soldaten zu demobilisieren, denn eine Demobilisation würde ohne Zweifel den Anfang vom Ende der roten Herrschaft bedeuten, da die Bauern gegen die gegenwärtigen Machthaber revoltieren würden, wenn man ihnen erlauben würde, nach Hause zu gehen und die Schrecknisse wahrzunehmen in Gestalt von sterbenden Kindern, abgemagerten Frauen, mißbrauchten Töchtern, niedergebrannten Häusern und allgemeiner Armut. Diese Bauern fürchteten den Tod nicht und würden in den Tod gehen, wenn sie sehen würden, was während ihrer Abwesenheit an der Front geschehen ist. Aus diesem Grund allein schon würden sie unter Waffen an der Grenze gehalten. Die Soldaten selbst hätten reichlich zu essen und genügend Kleidung gehabt, aber sie beargwöhnten die Festigkeit der Räteregierung, und dieser Argwohn träte nirgend klarer zutage als in ihrer Haltung gegenüber dem bolschewikischen Geld. Das Zarengeld sei zwanzigmal mehr wert als das jetzige, und selbst das Dumageld, das unter der Kerenskiregierung geprägt worden sei, sei fünfmal soviel wert als das bolschewikische. Es sei ein mit Tod zu bestrafendes Verbrechen, Zarengeld oder Kerenskigeld in Verkehr zu bringen. Sollte die Räteregierung über den Haufen geworfen werden, dann werde es unmöglich sein, Schrecknisse zu vermeiden, wie sie die Welt noch nie gesehen habe. Trotzki, Lenin, Sinowjew und tausend andre wüßten das, und alle bangten mit Grauen diesem Augenblick entgegen. Hunderte von Juden, tüchtige, brave Menschen, hätten ihm erzählt, sie wüßten, was ihnen bevorstünde. Sie würden selbst zu Fuß außer Landes gehen, wenn sie nur könnten. Sie geben sich als Amerikaner, Engländer oder Deutsche aus, um auf diese Weise einen Paß zu erhalten, aber da sie keine Beweise für diese fremde Nationalität haben, müssen sie eben in Rußland bleiben und das furchtbare Elend abwarten.

## Französische Wuchergeschäfte mit „Reparations"-Kohle.

Einer linksrheinischen industriellen Gesellschaft ging von einer Kölner Transport-Firma folgendes Schreiben zu:

„Als Beauftragter der französischen Kommission für den Vertrieb überschüssiger Mengen von Wiedergutmachungskohle, die im Interesse Frankreichs unter Inanspruchnahme der zuständigen deutschen Verteilungsstelle der Industrie zugeführt werden darf, kann ich Ihnen mit folgender Anstellung dienen. Zum Erwerb dieser Kohlenmengen, die Ihnen bei Ihrer Zuteilung nicht in Anrechnung gebracht werden, sind folgende Bedingungen zu beachten: 1. Nachweis Ihrer jetzigen Bezugsmengen, sowie derjenigen des Friedens. Zur Lieferung kommt nur die Differenz zwischen der heutigen und der Friedensmenge. Hierauf erfolgt eine Prüfung durch die zuständige Verteilungsstelle. 2. Der Käufer erhält dieselben Kohlensorten wie im Frieden. 3. Die Lieferung erfolgt bei größeren Mengen in Schiffsladungen, bei kleineren Quantitäten per Waggon. 4. Die Transportkosten ab Zeche liegen dem Käufer ob. 5. Die Bezahlung der Ware erfolgt nach der Lieferung. 6. Der Preis der Kohle setzt sich zusammen a) dem Tagespreis der Kohle, b) einem Zuschlag von 180 Mark pro Tonne. Sollte Sie mein Angebot interessieren, so erbitte ich mir baldige Rückantwort, worauf ich bereit bin, mit Ihnen persönlich zu verhandeln."

Bedarf es weiterer Beweise, daß die französischen Kohlenerpressungen nicht einer angeblichen „Wiederherstellung" der französischen Industrie, sondern französischen Bereicherungsabsichten dienen?

## Englisch-amerikanische Reibungen in China.

Der Korrespondent der „World" in Washington meldete bekanntlich, daß das amerikanische Staatsdepartement der chinesischen Regierung eine Note übersandt habe, in welcher es heiße, daß die Vereinigten Staaten es als eine unfreundliche Aktion ansehen würden, wenn China den Vertrag mit der amerikanischen Funkengesellschaft für die Errichtung einer drahtlosen Station in Schanghai nicht annehmen sollte. Diese Note sei aufgesetzt worden nach einer gründlichen Untersuchung der Vertragsbedingungen. Das englische Ministerium des Auswärtigen, das bekanntlich in dieser Frage auf chinesischer Seite stehe, sei von dieser Note in Kenntnis gesetzt worden. Reuter erklärt dazu noch aus Washington, daß das Staatsdepartement die Hoffnung hege, daß diese Frage der Funkentelegraphie in China vor dem 4. März, dem Tage der Installation des neuen Präsidenten, erledigt werde. Die Note sei sehr scharf und drohe mit der Abberufung des amerikanischen Gesandten, im Falle China auf seiner Haltung beharren sollte.

## Bayern gegen Tariferhöhungen bei der Eisenbahn.

Der bayrische Landeseisenbahnrat hat in seiner gestrigen Sitzung in der Angelegenheit der von der Reichseisenbahnverwaltung geplanten Tariferhöhung eine Entschließung gefaßt, derzufolge der Eisenbahnrat sich der Notwendigkeit einer neuerlichen Tariferhöhung nicht verschließt, jedoch mit Rücksicht auf die sich ergebende wirtschaftliche Wirkung die dringende Bitte stellt, bei der Tariffestsetzung die Schwierigkeiten der Volksernährung zu berücksichtigen und über eine Durchschnittserhöhung von 65% bei den Gütertarifen und von rund 30% für die Personentarife nicht hinauszugehen, weiteren Erhöhungen des Gütertarifs mit allem Nachdruck entgegenzuwirken und auf eine Rücksichtnahme auf die Volksernährung bedacht zu nehmen. Heute ersucht der Landeseisenbahnrat den Ausnahmetarif 6 (Kohlen) weiter dadurch zu ermäßigen, daß für Entfernungen von über 400 Kilometer die Ausstoßsätze geringer festgesetzt werden und die Nahrungsmittel und Düngemittel von der Erhöhung ausgeschlossen werden.

## Kasseler Kommunistenprozeß.

(TU) Im Kommunistenprozeß wurde Montag in die zweite Verhandlungswoche eingetreten. Das Gericht setzte die Vernehmung des ersten Angeklagten Harbich fort, der die im Protokoll der Voruntersuchung gemachten Aeußerungen über die Organisation der Roten Armee widerrief. Er bestreitet auch, die darin verzeichneten Aeußerungen über das Bestehen von Bezirksleitungen in Kassel, Bielefeld und Remscheid gemacht zu haben. Als der Staatsanwalt und der Vorsitzende den Angeklagten warnen, das Gericht nicht derart anzulügen, kommt es zu einem erregten Wortwechsel zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden. Schließlich lehnt der Verteidiger den Vorsitzenden als befangen ab. Das Gericht zieht sich zurück und weist dann den Befangenheitsantrag des Verteidigers ab. Die Verhandlung nimmt daraufhin ihren Fortgang. Im Gegensatz zur Voruntersuchung, in der der Angeklagte erklärt hatte, er habe mit dem Angeklagten Schroer und mehreren Angeklagten davon gesprochen, daß die militärische Organisation im Rheinland und Westfalen nach dem Muster der Roten Armee in Rußland organisiert werden müsse, will er heute nichts davon wissen. Das Gespräch könne sich nur um die Tüchtigkeit der Roten Sowjetarmee gedreht haben. Ganz besonders bestreitet er Aeußerungen über die Funktionen einer Berliner Leitung und über eine besondere Zentralstelle der Partei in Berlin gemacht zu haben. Der Angeklagte bestreitet auch, den anderen Angeklagten darüber gesprochen zu haben, daß die Rote Armee straff organisiert werden müsse und daß die Parteileitung der Kommunistischen Partei dies wünsche.

# Weitere Nachrichten.

— **(Beendigung der Heeresabwicklung.)** Die Abwicklung der alten Wehrmacht wird am 31. März 1921 beendet; die Abwicklungsbehörden werden zu diesem Zeitpunkt aufgelöst. Dies zwingt dazu, die Abwicklungsbehörden von allem Unnötigen zu entlasten und alle Kräfte auf die wichtigen Restaufgaben zu beschränken. Es bleiben deshalb Anträge, Gesuche, Beschwerden und Eingaben bei vorgesetzten Dienststellen (Heeresabwicklungsämtern, Marineabwicklungsamt, Heeres-Abwicklungs-Hauptamt) unbeantwortet. Ebenso ist Anweisung gegeben, daß die höchst störenden persönlichen Bemühungen und Besuche von den Chefs der Abwicklungsbehörden zurückgewiesen werden.

— **Die Eröffnung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich** fand nach Blättermeldungen aus Leipzig im großen Sitzungssaale des Reichsgerichtspalastes in seiner vorläufigen Verfassung statt. Anwesend waren sämtliche 7 Mitglieder, die drei Richter des Reichsgerichtes und die vom Reichstag bestellten 4 Abgeordneten. Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. Delbrück den Gerichtshof im Namen des Reichsgerichts begrüßt hatte, eröffnete Senatspräsident beim Reichsgericht, Koenige, den Staatsgerichtshof mit einer Ansprache. Als ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Regelung des Prozeßverfahrens. Es wurde beschlossen, daß diese sich zunächst auf die genannten Ministeranklagen erstrecken soll.

— **(Die Verbrüderung Polens und Danzigs.)** Donnerstag wurden die Verhandlungen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig in Warschau durch eine Verbrüderungsfeier eingeleitet, wobei der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Senator Plusinski, namens seiner Regierung erklärte, daß die Unterhandlungen sich auf politische und wirtschaftliche Fragen erstrecken werden. Das Ziel sei, diese Fragen derart zu regeln, daß Polen einen freien Zugang zum Meere bekäme, der ihm die Eröffnung der Schiffahrt auf allen Meeren ermöglichen werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Unterhandlungen in kurzem zu einem Abschluß führen würden, das als Grundlage zur Wahrung der beiderseitigen Interessen und des Vertrauens dienen werde. In seiner Antwort drückte Jellowski die Hoffnung auf Wahrung der freundschaftlichen Beziehungen sowie auf einen baldigen Abschluß des Abkommens aus. Der Ausschuß wird drei Tage in Danzig und drei Tage in Warschau tagen.

— **(Sowjetrußland vor der Hungersnot.)** Nach einem Beschlusse des Moskauer Wirtschaftsrats wurde ganz Rußland in fünf Regionen eingeteilt, die jede einen bestimmten Teil Getreide zu liefern hätten. Nach diesem System sollte der Ernteertrag 433 350 000 Pud (1 Pud = 16 Kilogramm) betragen. Damit wäre die tägliche Ration der Bevölkerung gesichert gewesen, nämlich 1¼ Pfund für die Soldaten der Roten Armee, 1 Pfund für die bolschewikischen Beamten und ½ Pfund für die übrige Bevölkerung. Bisher sind aber lediglich 117 479 000 Pud, d. h. ¼ der erforderlichen Menge eingeliefert worden. Die Lage ist äußerst kritisch geworden. Man befürchtet, daß gegen das Frühjahr sich die Lage noch weiter verschlimmern wird.

— **(Die Zuckersteuer.)** Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes sieht laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" einen Steuersatz von 100 Mark für den Doppelzentner Zucker, gleich 14 Prozent des jetzigen Kleinverkaufspreises vor. Aus der vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer wird, wenn man einen Verbrauch von rund 12 Millionen Doppelzentner annimmt, eine Einnahme von 1200 Millionen Mark erzielt. Das ist gegenüber der jetzigen Steuer eine Mehreinnahme von rund eine Milliarde.

— **(Die Herren Sieger.)** Auf dem Flugfelde von Wiener-Neustadt ereignete sich Mittwoch ein aufsehenerregender Zwischenfall. Oberst Fletscher, Führer der interalliierten Flugsicherfahrtskommission stellte auf dem Flugplatz den Ingenieur Christian wegen des langsamen Fortschreitens der Flugzeugzerstörung zur Rede. Es kam zwischen den beiden zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Oberst dem Ingenieur einen Stoß vor die Brust versetzte. Dann faßte er den Ingenieur beim Kragen, schleppte ihn durch die Flughalle, wo sich der Vorgang abspielte, bis zur Tür und stieß ihn dort hinaus. Der 150 Arbeiter, die Zeugen dieses Vorfalles waren, bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, und sie legten zum Protest gegen das Vorgehen des Offiziers sofort die Arbeit nieder. Die Nachricht über den Vorfall verbreitete sich auch unter den Arbeitern der übrigen Flugfeldbetriebe, und, da die Lage kritisch wurde, begaben sich die Betriebsräte zu dem alliierten Offizier und forderten Genugtuung. Da diese verweigert wurde, versammelten sich die Arbeiter vor der Flugkaserne und demonstrierten laut gegen die Beleidigung des Ingenieurs. Gleichzeitig wurden die Ausgänge besetzt. Schließlich wurden im Auftrage des Obersten die Arbeiter in der Flughalle versammelt, und er entschuldigte sich vor ihnen. Damit war der Zwischenfall beigelegt.

— **Großer Brand in Antwerpen.** Gestern früh 5 Uhr ist in Antwerpen ein großer Brand in dem umfangreichen Holzlager am Hafen ausgebrochen. Der Schaden beträgt über drei Millionen Franks, ist aber zum größten Teil durch Versicherungen gedeckt. Sämtliche Scheunen im Ausmaße von 5000 Quadratmetern sind niedergebrannt. Die Feuerwehr und die Soldaten konnten den Brand nicht löschen und mußten ihre Tätigkeit lediglich auf den Schutz der großen angrenzenden Scheunenbauten beschränken.

# Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

58. Fortsetzung.

Die zweite Woche ihres Ostender Aufenthaltes ging vorüber. Es wurde immer stiller und leerer auf der Strandpromenade. Die meisten Kurgäste waren abgereist.

Eines Morgens saß das junge Paar beim Frühstück auf der Terrasse des Hotels, als ihm die Post gebracht wurde.

Darunter war ein Brief von Lotte an Dagmar. Sie öffnete ihn sogleich, während Ralf seine Post durchsah. Sie las:

„Meine herzliebe, goldne Schwester: Nun muß ich Dir aber endlich ausführlich schreiben. Gestern ist Hanna abgereist, und nun habe ich wieder viel Zeit zum Briefe schreiben. Wie geht es Dir und Ralf? Ist es schön in Ostende, nicht schon ein bißchen spät im Jahr? Mutterle Jansen und ich, wir sprechen jeden Tag von Euch und freuen uns schon auf das Wiedersehen. Mama ist eben nach der Stadt gefahren zu einem Kondolenzbesuch bei Volkmanns. Du wirst noch nichts von dem schrecklichen Unglück gehört haben, das Volkmanns betroffen hat, falls Du es nicht zufällig in der Zeitung gelesen hast. Denke Dir, Lisa Volkmann — oder nein — Frau Baronin Lisa Korff ist auf der Hochzeitsreise verunglückt. Auf der Fahrt zwischen Brüssel und Paris ist der Zug, in dem das junge Paar reiste, entgleist, und eine Anzahl Menschen sind ums Leben gekommen. Darunter Lisa Korff! Ihr Gatte ist mit einer Fleischwunde am rechten Arm davon gekommen, er sieht furchtbar blaß und interessant aus und trägt den Arm in der Binde! Gestern ist die Leiche der jungen Baronin beigesetzt worden. Die ganze Garnison hat sich beteiligt. Es war ein rührendes Begräbnis, ich habe geweint, daß ich nicht mehr sehen konnte.

Baron Korff ist nun der Erbe von dem großen Vermögen seiner Frau und lebt in der reizenden Villa, die für das junge Paar vorgerichtet worden war. Volkmanns, die sehr an ihrer Nichte gehangen haben, sind ganz gramgebeugt. Korff und Herr Volkmann mußten Frau Volkmann stützen, weil sie sich kaum auf den Füßen halten konnte. Die alten Herrschaften klammern sich nun an Korff wie an das letzte Vermächtnis ihrer Lisa. Ist das nicht schrecklich. Alle Menschen hier sprechen von dieser Katastrophe. Mutterle Jansen und ich, wir hatten, als wir davon hörten, gleich Angst um Euch, weil Ihr doch auch auf Reisen seid. Aber wir haben uns dann gegenseitig ausgezankt und unseren Kleinmut unterdrückt. Jetzt sind wir schon wieder ganz vernünftig. Wann werdet Ihr heimkommen?

Ich hoffe, bald etwas von Euch zu hören, Ihr habt Euch bisher nur auf Ansichtspostkarten beschränkt, die ich hasse, wenn nie etwas ordentliches drauf steht. Bitte, grüße meinen lieben Schwager Ralf herzlich von mir, er fehlt mir, wie Du.

Heute weiß ich nichts mehr zu berichten. Lustigen Unsinn, wie er sonst in meinen Briefen blüht, mag ich heute nicht schreiben nach der traurigen Nachricht von Lisa Korffs Tode.

Ich küsse Dich herzlich und innig, meine liebe Dagmar. Gib auch Ralf einen schwesterlichen Kuß von mir, wenn er mag. Mutterle Jansen sendet Euch liebe Grüße und Küsse und tausend Segenswünsche. Auf frohes Wiedersehn.

Deine Lotte."

Tieferschüttert hatte Dagmar diesen Brief gelesen. Die Kunde von Lisa Korffs frühem Tode betrübte sie sehr. Sie hatte nie eifersüchtig auf Lisa sein können, sondern hatte immer Mitleid mit ihr gehabt. Wußte sie doch ganz genau, daß Korff sie nur ihres Geldes wegen zur Frau begehrt hatte. Nun war er dieser ungeliebten Frau wieder ledig und besaß ihre Millionen. Seine Trauer würde schwerlich tief sein.

Ein verächtliches Gefühl gegen Korff war alles, was jetzt noch in ihrem Herzen für ihn übrig geblieben war.

Anscheinend hatte sich Lisa Korff aber doch in ihrer kurzen Ehe glücklich gefühlt, wenn dieses Glück auch nur eine Illusion gewesen war.

„Vielleicht ist sie um ihren jähen Tod zu beneiden. So bleibt ihr die Enttäuschung erspart, die sonst wohl kaum ausgeblieben wäre", dachte sie.

Ralf war nun mit seiner Post fertig und blickte zu Dagmar hinüber, die sehr bleich war und mit großen Augen traurig über das Meer sah. Er beugte sich vor.

„Du hast doch keine schlimme Nachricht erhalten?" fragte er besorgt, seine Zurückhaltung vergessend.

Sie reichte ihm stumm den Brief.

„Lies selbst", sagte sie leise.

Er nahm das Schreiben, und beim Lesen versteinerte sich sein Gesicht.

„Nun ist Korff frei — und reich. Jetzt könnte er auch eine arme Frau heimführen. Und — er würde Dagmar zu seiner Frau machen — wenn sie noch frei wäre. Wenn sie ihn noch liebt, wie ich nicht bezweifle — dann bin ich jetzt das Hindernis zwischen ihr und ihrem Glück", dachte er mit seltsam bang und dumpfklopfendem Herzen.

Schweigend gab er den Brief zurück.

Sie sah ihn an und fror bis ins Herz hinein, als sie seine kalte, unbewegte Miene sah. Sie ahnte nichts von den Höllenqualen, die in seiner Seele tobten, ahnte nicht, mit welchem Gedanken er sich marterte.

„Die arme Lisa! Ist das nicht schrecklich, Ralf?" sagte sie leise.

„Ihr ist wohl", stieß er hart und scharf heraus.

Dagmar wurde blaß und sah mit großen, traurigen Augen aufs Meer hinaus. Ralfs kaltes, verändertes Wesen schmerzte sie unsagbar.

„Er liebt mich nicht mehr", dachte sie bedrückt. „Es tut ihm wohl schon leid, daß er mich zu seiner Frau gemacht hat. Seine Liebe ist erloschen, weil er keine Gegenliebe fand."

Es zuckte schmerzlich in ihrem Gesicht.

Ralf blickte sie unverwandt an, und in seiner quälerischen Pein redete er sich ein, ihre Traurigkeit gelte dem Umstand, daß sie sich voreilig gebunden hatte. Wäre sie jetzt noch frei, so konnte sie Korffs Gattin werden. „Und verzeiht alles" dachte er.

Daß Korff Dagmar trotz seines Verzichtes liebte — noch immer liebte, wenn auch nur auf seine Art, das hatte er an seinen leidenschaftlich begehrenden Blicken gesehen, mit denen er Dagmar angesehen hatte. In seinem Schmerz, seiner Verzweiflung, daß es ihm nun ganz unmöglich sein würde, Dagmars Liebe zu erringen, und in seiner Angst, ihr mit seiner Liebe aufdringlich zu erscheinen, gab sich Ralf immer zurückhaltender.

Aber er wurde darüber nervös und unsicher. Es trieb ihn aus der Nähe seiner Frau, weil es oft nicht imstande war, ruhig neben ihr auszuharren. Stundenlang ließ er sie allein, machte weite Spaziergänge, um sich zu ermüden und wurde dabei blaß und elend.

So quälte er sich und Dagmar mit dieser peinvollen Unruhe. Sie wußte nicht, was ihn von ihrer Seite trieb und sagte sich nur immer wieder mit einer namenlosen Traurigkeit:

„Er liebt mich nicht mehr."

Ralf aber sagte sich mit derselben selbstquälerischen Beständigkeit:

„Ich bin ihr jetzt ein Hindernis, den ihrem Glück im Wege."

* * *

(Fortsetzung folgt.)

## Zusammentritt des preußischen Landtages am 10. März.

(Zu) **Berlin**, 22. Febr. Der preußische Landtag tritt bereits am Donnerstag, den 10. März, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung wird nur die Konstituierung des Hauses und die Wahl des Ministerpräsidenten stehen. Das Haus hat nach der preußischen Verfassung den Ministerpräsidenten zu bestimmen, der dann seinerseits sich bemühen muß, eine Regierungsmehrheit zustande zu bringen.

*

## Weitere Wahlergebnisse.

**1. Wahlkreis. Ostpreußen.**

Unabh. 11 759, Soz. 32 287, Zentr. 10 783, D.-natl. Vp. 23 836, Volksp. 57 157, Demokr. 19 852, Komm. 23 762, Mittelstandsp. 4735. — Gewählt ist u. a. von der D. Vp. der frühere Vizepräsident von Krause.

1919 Wahl zur Nationalversammlung: Dnt. 106 032 St. (2), D. Vp. 72 191 St. (1), Z. 93 523 St. (1), Dem. 171 108 St. (3), Soz. 419 201 St. (7), Unabh. 45 872 St. (0).

**5. Wahlkreis. Frankfurt a. Oder.**

Unabh. 3510, Soz. 20 354, Zentr. 4321, D.-natl. Vp. 11 238, Volksp. 11 305, Demokr. 4886, Komm. 2101, Mittelstandsp. 2031.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 211 297 St., D. Vp. 129 409 St., Z. 41 565 St., Dem. 72 343 St., Soz. 188 801 St., Unabh. 110 066 St., Komm. 7940 St.

**7. Wahlkreis. Breslau.**

Unabh. 2699, Soz. 159 729, Zentr. 58 297, D.-natl. Vp. 87 368, Volksp. 35 125, Demokr. 25 699, Komm. 9742, Mittelstandsp. 11 247. — Unter den Gewählten befindet sich vom Zentrum: Justizrat Dr. Porsch; von den D.-natl. Max Conradt, Dr. Wilh. Krüger; von den Soz. Gustav Scholich, Georg Srowig, Wilhelm Winzer.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 161 266 St., D. Vp. 97 369 St., Z. 177 085 St., Dem. 56 566 St., Soz. 317 379 St., Unabh. 58 686 St., Komm. 0 St.

**8. Wahlkreis. Liegnitz.**

Unabh. 3480, Soz. 80 830, Zentr. 41 179, D.-natl. Vp. 33 527, Volksp. 31 101, Demokr. 22 861, Komm. 10 149, Mittelstandsp. 8031. — Gewählt: vom Zentrum Rektor Adolf Gottwaldt, von den Sozialdemokraten Hugo Eberle und Otto Fritzsch.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 118 181 St., D. Vp. 78 729 St., Z. 51 878 St., Dem. 72 682 St., Soz. 184 531 St., Unabh. 60 005 St., Komm. 5587 St.

**11. Wahlkreis. Merseburg.**

Unabh. 30 948, Soz. 28 830, Zentr. 3210, D.-natl. Vp. 47 713, Volksp. 47 180, Demokr. 20 024, Komm. 63 210. — Gewählt: von der D. Vp. Landrat v. Kardorff; von der D.-natl. Vp. Rektor Gottfried Hermann, von den Komm. Georg Schumann.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 131 996 St., D. Vp. 93 227 St., Z. 6542 St., Dem. 68 596 St., Soz. 60 870 St., Unabh. 310 929 St., Komm. 10 677 St.

**15. Wahlkreis. Ost-Hannover.**

Fehlt noch.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 33 531 St., D. Vp. 19 455 St., Z. 5299 St., Dem. 29 621 St., Soz. 132 259 St., Unabh. 52 042 St., Komm. 2305 St.

**19. Wahlkreis. Hessen-Nassau.**

D.-natl. 47 703, D. Vp. 53 180, Zentr. 34 479, Demokr. 31 552, Soz. 111 296, Unabh. 12 495, Komm. 19 310.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 166 962 St., D. Vp. 178 995 St., Z. 192 085 St., Dem. 112 696 St., Soz. 704 859 St., Unabh. 138 332 St., Komm. 16 520 St.

**20. Wahlkreis. Köln-Aachen.**

D.-natl. 23 938, Volksp. 46 163, Zentr. 142 193, Demokr. 17 079, Soz. 132 770, Unabh. 5287, Komm. 22 034. — Gewählt wurden von der D. Vp. Max Heimann; vom Zentrum Dr. Lauscher, Frl. Dr. Lauer, Peter Harsch; von den Soz. August Haas, Frau Röhl, Heinrich Erkes.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 33 933 St., D. Vp. 77 438 St., Z. 443 086 St., Dem. 34 997 St., Soz. 170 927 St., Unabh. 70 630 St., Christl. Vp. 23 619. St.

**21. Wahlkreis. Koblenz-Trier.**

D.-natl. 29 554, Volksp. 59 450, Zentr. 338 595, Demokr. 14 421, Soz. 61 250, Unabh. 2812, Komm. 11 952, Christl. Volksp. 13 090.

1920 Reichstagswahl: Dnt. 25 726 St., D. Vp. 40 701 St., Z. 293 252 St., Dem. 13 212 St., Soz. 59 494 St., Unabh. 28 041 St., Komm. 0 St., Christl. Vp. 29 991 St.

## Die schlechte deutsche Wirtschaftslage.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage im neuen Jahr kennzeichnet das Reichsarbeitsblatt für Januar u. a. durch folgende Ausführungen:

Von Monat zu Monat tritt es deutlicher zutage, daß der Weg der deutschen Wirtschaft bergab führt. Entscheidender noch als die künstliche Kohlennot und die Einwirkungen der Weltkrise auf den allgemein verminderten Absatz und Auftragseingang ist die Erschöpfung der Kaufkraft des deutschen Volks. Unter den Einwirkungen der Weltkrise hat die deutsche Volkswirtschaft im letzten Monat bereits empfindlich zu leiden gehabt. Die deutsche Ausfuhr ist zurückgegangen. Die schwankenden Valutaverhältnisse haben einen Anreiz zur Förderung des Außenhandels nicht mehr zu geben vermocht. Eine Entwertung der bedeutenden Warenbestände in Deutschland ist durch den Preisrücklauf am Weltmarkt hervorgerufen worden. Die Erwartung weitern Preisrückgangs hat vor allem eine Zurückhaltung der ausländischen wie der inländischen Abnehmerschaft gebracht. Dazu kommt die durch die Spaa-Kohlenauflage bedingte künstliche Kohlennot der deutschen Gewerbe. Soweit diese Kohlennot eine Verlangsamung der Arbeitsprozesse bringt, nimmt sie den Unternehmern zum Teil die Notwendigkeit ab, durch besondere Maßnahmen der Arbeitsstreckung der Steigerung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Zwar ist die Arbeitslosigkeit unter der gelernten Arbeiterschaft nicht so hoch, wie es die Wirtschaftslage erwarten lassen sollte. Die Zahl der arbeitslosen Ungelernten ist aber weit höher, als es die vorliegenden Teilstatistiken erkennen lassen. Die Zunahme der unterstützten Erwerbslosenempfänger, die im Dezember 60 000 erreichte, gibt nur einen Anhalt dafür, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland erheblich steigt, ohne einen genauen Maßstab für den wirklichen Umfang der Zunahme dieser zu bieten. Eine Verschlechterung der Lage wird von verschiedenen Landesarbeitsämtern gemeldet. Feststellungen über zeitweisen Rückgang der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen, wie sie für Groß-Berlin, Württemberg, Ludwigshafen, Nürnberg, ferner auch aus Pommern, Schlesien und Hamburg gemeldet. Die Einzelberichte für typische Betriebe der Industrie lassen ebenfalls eine Verschlechterung des Geschäftsgangs erkennen. Eine geringfügige (0,7 v. H.) Zunahme der am 15. Januar Beschäftigten (gegenüber 15. Dezember) zeigt die Maschinen- und Textilindustrie, zwei Gewerbe, die bereits im Januar in starkem Maße von der Absatzstockung betroffen worden sind, aber wegen der fristmäßigen Ablieferung der noch zu erledigenden Aufträge Arbeiter einstellen konnten.

## Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Jagd.

J. S. Da der Weltkrieg mit seinen traurigen Folgen auf fast allen Gebieten mehr oder weniger zerstörende Umwälzungen in unserem deutschen Reiche zu verzeichnen hat, ist es für das Allgemeinwohl des deutschen Volkes von Interesse und größter Wichtigkeit, eine nützliche jagdliche Aufklärung über die wirtschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit der deutschen Jagd zu schaffen.

Die Verhältnisse unseres Wildstandes sind durch den Krieg schwer beeinflußt, ja so verhängnisvoll geworden, daß eine unbedingte Hebung, d. h. etwas Durchführendes getan werden muß, um den Wildstand wieder in seine normale Höhe zu bringen. Wenn wir uns dieses Zieles bewußt bleiben und tatkräftig Hand in Hand, in Wort und Schrift für das volkswirtschaftliche Interesse dieser Sache eintreten, wird auch der erfreuliche Erfolg als Lohn für unsere gemeinsame Arbeit nicht ausbleiben. Die deutschen Wildstände werden sich bessern, — dem deutschen Volke aber die Zukunft der deutschen Jagd in lichteren Farben auftun.

In unserem wirtschaftlichen Leben spielt die Jagd eine nicht hoch genug einzuschätzende Rolle. Einmal wegen ihres Ertrages an Wildbret und somit eine wesentliche Unterstützung der Ernährung des Volkes mit gesundem Fleische; zweitens eine Quelle bedeutender Einkünfte, die aus den Beträgen von Jagdpach'en, Jagdscheinen, Wildbret pp. dem deutschen Volksvermögen zufließen. Statistische Auszüge beweisen etwa folgendermaßen, welchen Wert das Wildbret vor dem Kriege hatte. Allein in Preußen wurden jährlich etwa 20 000 Stück Rotwild, 12 000 Stück Damwild, 15 000 Stück Rehwild, 7000 Stück Schwarzwild, 3½ Millionen Hasen, 4 Millionen Rebhühner, 2 Millionen Fasanen erlegt. Dieses Wildbret brachte dem deutschen Staate einen Erlös von 20 Millionen Mark. Rechnet man zu diesem den Wert der Jagdpachten, Jagdscheine, sowie des Wildbrets von ganz Deutschland hinzu, so beträgt nach Berechnung der Sachverständigen der Gesamtwert der deutschen Jagd nahezu eine Milliarde Mark. Das wäre mithin ein bedeutender Wert, sofern es sich um einen reinen Geldwert handelt.

Anders sieht die Sache aus, wenn man für die Bevölkerung erforderliche Gesamtmenge an Fleischnahrung zum Maßstab macht; dann ergibt sich, daß der Gesamtwildertrag nur 1 bis 2% des Fleischbedarfs ausmacht. Es hätte also keinen Zweck, den Abschuß unseres Nutzwildes ins Maßlose zu steigern, zumal für die allgemeine Ernährung des Volkes doch zu wenig heraus käme. Andererseits der hohe jährliche Erlös dem deutschen Volksvermögen verloren gehen würde.

Im Gegensatz zu dieser Wertschätzung steht die erheblich gesteigerte Jagdfeindschaft, die einen möglichst völligen Abschuß des Wildes fordert. Zweifellos vernünftiger ist es doch, unsere nutz- und wertbringenden Wildstände zu erhalten. Auch in der Kriegszeit ist das Interesse an Wildbret als Volksnahrungsmittel ganz besonders gestiegen. Die Bevölkerung der Großstädte wurde in beschränktem Maße mit billigem, schmackhaften Fleische versorgt, und wenn die deutsche Jagd in der Zeit, in der die Volksernährung mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft war, das nicht gehalten hat, was man von ihr im Allgemeinen erwartete, so liegt der Grund darin, wie bereits schon erwähnt, daß in erster Linie viel zu wenig berücksichtigt worden ist, daß der Anteil der Jagderträge an der Volksernährung nur ein kleiner Teil ist. Abgesehen davon stellt gleichsam die Jagd einen wertvollen Bestandteil des deutschen Nationalvermögens dar, der deshalb nicht so leicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Neben diesen materiellen Werten, die die Jagd uns bietet, spielt noch ihre hohe ideale Bedeutung eine große Rolle.

Tausende von Männern aus allen Berufsständen finden ihre höchste Freude und Erholung von der anstrengenden Berufsarbeit in der Ausübung der Jagd. Weiter finden abermals Tausende von Menschen durch die Jagd Arbeit und ihren Lebensunterhalt. Auch die Jagdindustrie steht in hoher Blüte und gibt Tausenden von Arbeitern lohnende Beschäftigung, d. h. Arbeit und Brot. Was das aber heutzutage bedeutet, hat nicht nur der Volkswirt, sondern selbst der Laie längst eingesehen.

Darum ist es eine Versündigung an der wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes, wenn unsere Jagd mit allem was an ihr dran und drumhängt, von urteilslosen Leuten angefeindet und der Vernichtung unseres Wildstandes preisgegeben wird, denn mit einem guten bezw. schlechten Wildstand steht — fällt die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Jagd.

## Weitere Nachrichten.

— **Ein Lob der allgemeinen Wehrpflicht.** Die Vorteile der allgemeinen Wehrpflicht werden in einem Gutachten des Generalarztes der amerikanischen Armee, M. W. Ireland, hervorgehoben, das in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" mitgeteilt wird. Ireland zeigt, daß die im Kriege eingeführte Dienstpflicht die Jugend Amerikas in körperlicher und hygienischer Hinsicht außerordentlich gefördert hat. Die jungen Männer sind dadurch kräftiger und gesunder, geschickter und ausdauernder, vor allem disziplinierter geworden. Das Körpergewicht nahm im ersten Dienstjahre durchschnittlich um 15—20 Prozent zu. Der Generalarzt legt ein sehr großes Gewicht auf die hygienische Erziehung der Soldaten, die durch die Dienstpflicht in jeder Weise zu ordentlichen und reinlichen Menschen werden, diese Eigenschaften dann in ihr bürgerliches Leben mitnehmen und unter ihrer Umgebung verbreiten. Außer der Reinlichkeit lerne aber der Soldat Disziplin und Respekt vor der Autorität. Sehr wichtig sei auch die jährliche Untersuchung bei den Aushebungen, durch die viele verborgene Fehler und Krankheiten, die sich oft noch leicht beseitigen lassen, entdeckt werden. Ireland fordert daher das amerikanische Volk auf, durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht diese gewaltigen Vorteile zu einem dauernden Segen für die Volksgesundheit und Volkserziehung zu machen. „Wir Deutschen wissen dies alles aus hundertjähriger Erfahrung," bemerkt dazu die Zeitschrift. „Weil wir aber unsern Volke diese Wohltaten angedeihen ließen, wurden wir in der ganzen Welt als Militaristen verschrien. Leider ist mit der Zerstörung unseres alten Heeres auch die Disziplin und Ordnung unseres Volkes schwer geschädigt worden. Die Folgen sehen wir und werden sie von Jahr zu Jahr mehr sehen."

— **Die Werbungen für die Fremdenlegion.** Die Münchener Polizeidirektion hat schon wieder eine ausgedehnte Organisation zur Anwerbung für die französische Fremdenlegion aufgedeckt. Als Hauptbeteiligte wurden festgestellt der 30jährige Kaufmann Karl Schäffer aus Bischweiler (Elsaß), jetzt französischer Staatsangehöriger, der Oesterreicher Alfred Ebert, ein Kellner, ein gewisser Ludwig Tevenest und Schäffers Geliebte, die in England geborene Maria Traub. Schäffer ist von dem Kapitän Boisdevan und dem französischen Hauptmann Terr vom zweiten Bureau des französischen Generalstabes in Mainz mit der Errichtung eines Werbedienstes für die Fremdenlegion in Bayern beauftragt worden und erhielt verschiedene Helfer zugeteilt, darunter einen Straßburger Ettlinger mit dem Unterchef Profizy der französischen Sicherheitspolizei in Mainz und den Hauptmann der französischen Sicherheitskompagnie Kehl-Renten in Baden. Schäffer gab an, daß die Leute auf das Stichwort „München—Karlsruhe—Straßbourg" ungehindert das besetzte Gebiet passieren können. Die Werbetätigkeit in Deutschland wird mit Hochdruck betrieben und von Paris geleitet. Die Werber bekommen 20 Frank gleich 100 Mark Tagegeld und 5 Frank Kopfgeld für jeden Angeworbenen. Einer der Beteiligten hat sofort 2300 Mark Propagandamittel zum Traktieren der Anzuwerbenden erhalten. Im Falle der Verfolgung sollen die Werber sofort nach Mainz zurückkehren. Die Angeworbenen erhalten 150 Mark Hand- und Reisegeld, 250 Frank bei der Einstellung, ebensoviel bei der Einreihung in den Truppenteil, dann aber nur 75 Centimes Tageslöhnung mit dem Versprechen hervorragender Verpflegung bei wöchentlich zwei Paketen feinstem Rauchtabak. Bei der Ausrüstung sei eine Bruyere-Pfeife, so wird ausdrücklich erwähnt. Dem Schäffer war vom französischen Generalstabe in Mainz unter Deckadresse ein laufendes Konto von 40 000 Mk. bei der Deutschen Bank eröffnet.

— **Das „Berl. Tagbl." schreibt:** Das deutschnationale „Göttinger Tageblatt" nennt in ihrer Nummer vom 15. Febr. den Chefredakteur des „Berliner Tageblatts" einen demokratischen Landesverräter. Sie bedient sich in dem gleichen Artikel noch ähnlicher Ausdrücke. Derartige Auswüchse der deutschnationalen Wahlpropaganda machen es entschieden nötig, eine Säuberung der politischen Sitten vorzunehmen. Wir werden daher gegen das „Göttinger Tagebl." auf dem Wege der Klage vorgehen.

— **Das Münchener Hofbräuhaus bedroht?** Trotz mehrfacher Ableugnungen will das Gerücht nicht verstummen, der bayrische Staat beabsichtige, das altehrwürdige Münchener Hofbräuhaus, das auf eine Geschichte von 430 Jahren zurückblickt, unter dem Deckmantel einer Fusion zu veräußern. Die 60 Millionen Mark, die man dadurch zu gewinnen hoffe, würden zum Ausbau der Wasserkräfte benutzt werden. Mag nun das Gerücht begründet oder unbegründet sein, so viel ist sicher, daß der Staat bei einer Veräußerung des zum eisernen Bestand des Münchener Lebens gehörigen Unternehmens mit starken Entrüstungsstürmen zu kämpfen haben würde, umsomehr, als diese staatliche Brauerei, indem sie auf den Preis und die Beschaffenheit des Fabrikats vorbildlich einwirkte, zum Weltruf des bayrischen Bieres nicht unwesentlich beigetragen hat.

— **Die Gouvernante des Pariser Botschafters Warenhausdiebin?** Aus Paris wird gemeldet: Am letzten Sonnabend wurde im Kaufhaus Louvre eine ältere Dame, die von zwei Mädchen begleitet war, von einem Geheimpolizisten festgenommen, weil sie eines der ausgestellten Wäschestücke unter ihrem Mantel verschwinden ließ. Vor der Polizei gestand sie ein, daß sie seit drei Monaten Gouvernante beim deutschen Botschafter Dr. Mayer sei und daß die beiden Kinder die Töchter des Botschafters seien. Die Polizeipräfektur setzte die deutsche Botschaft in Kenntnis und die Angelegenheit wurde ohne Aufsehen weiter verhandelt. Die Gouvernante wurde nach Deutschland zurückgeschickt unter Vorbehalt der gerichtlichen Erledigung des Falles. Die Pariser Zeitungen stellen die Sache ohne Uebertreibung dar, natürlich mit Ausnahme des „Matin", der sie in sensationeller Weise aufbauscht.

— **Eine Abenteurerlaufbahn.** Die Budapester Polizei verhaftete kürzlich einen Hochstapler, welcher seine Tätigkeit auf ganz Europa ausgedehnt hatte. Es handelt sich um einen gewissen Alexander Kmosko. Nach Abbüßung seiner Gefängnisstrafe wegen verschiedener Betrügereien ließ er seine erste Frau im Stich und ging nach Deutschland, wo er Kunstreiter wurde, aber später als Verbindungsoffizier unter dem Namen Elmons auftrat und eine Gräfin heiratete. Er machte die Bekanntschaft eines Engländers, welcher ihn zum Stallmeister seines Rennstalles machte. Wegen Beziehungen zu den Sinnfeinern wurde K. interniert und dann ausgewiesen. Nach dem Kriege tauchte er in Paris und Berlin auf und machte die Bekanntschaft einer finnischen Großkaufmannstochter, namens Hanni Neumann, die er heiratete. Nach Budapest zurückgekehrt, machte das Ehepaar mit finnischen Firmen Geschäfte. Kmosko verstand es jedoch, die Geldsendungen in seine Hand zu bekommen und das Absenden des Geldes zu unterlassen. Auf Anzeige der finnischen Firmen wurde er vor einiger Zeit verhaftet, auf Betreiben seiner Frau jedoch wieder frei gelassen. Da sich aber die Anzeigen mehrten und auch seine beiden ersten Frauen gegen ihn auftraten, wurde nunmehr gegen Kmosko das regelrechte Strafverfahren eingeleitet.

— **Bezahlte Mutterschaft.** Im siegreichen Frankreich muß man jetzt ernstlich an die Vermehrung der immer mehr sinkenden Einwohnerziffern denken. Man muß also etwas tun, um die Geburten zu vermehren, die in so erschreckendem Maße zurückgegangen sind. Ein wirkungsvolles Mittel, der jetzt herrschenden Sitte, die ein oder höchstens zwei Kinder duldet, Abbruch zu tun, glaubt ein französischer Professor, namens Picand, in der Bezahlung der Ausübung der natürlichen Funktionen des Weibes gefunden zu haben. In seinem Gesetzesvorschlag fordert nämlich der hilfreiche Professor, die Mutterschaft zu bezahlen und überall ein Büro zum Schutze der Mütter und Kinder einzurichten. Die Bezahlung der werdenden Mütter soll während der vier letzten Monate der Schwangerschaft und zwei Monate nach der Entbindung in Höhe von 300 Franken pro Monat, d. h. über 1300 Mark, erfolgen. Die zur Welt gebrachten Kinder sollen unter dem Schutze des Volkes stehen. In Zukunft wird also Frankreich von Kindern wimmeln; denn ein einziges Kindchen vermehrt die Mitgift der Frau um allein 7800 Mark nach deutschem Gelde . . . vorausgesetzt, daß der Entwurf des kinderfordernden Professors zum Gesetz erhoben wird.

## Vereinsnachrichten.

**Kamen**, 23. Febr. (An jugendliche Nichtraucher!) Was ich als Nichtraucher (Nichtraucherin) mit meinem Taschengeld mache. Diese Frage soll durch ein Preisausschreiben für die deutsche Jugend von 12—18 Jahren beantwortet werden. Umfang der Arbeiten: höchstens eine Lesebuchseite. Preisrichter: ein Lehrer, eine Lehrerin, ein Arzt, eine Mutter, ein Mitglied der Jugendabteilung des Bundes deutscher Tabakgegner und dessen Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Riedel in Leipzig, Berggartenstraße 10, an den die Arbeiten bis 1. Mai 1921 ohne Unterschrift, aber unter Beifügung eines die Anschrift des Bewerbers enthaltenden verschlossenen Briefumschlags einzusenden sind. Gegen Auszahlung der Preise im Werte von 10, 25 und 50 Mark (zur Hälfte bar, zur Hälfte gute Bücher) erwirbt der genannte Bund das Recht des Abdruckes in der „Tabakfreien Jugend" (Geschäftsstelle Dresden-A. 19, Kügelgenstraße 41), gestattet auch den Verlegern von Lesebüchern den kostenfreien Abdruck.

**Kaiserau**, 23. Febr. **Der Theater-Klub „Edelweiß"-Kaiserau** veranstaltet am 13. März d. J. im Lokale der Frau Wwe. Schmelzer einen großen Theaterabend. Es gelangen zur Aufführung: 1. „Im Schatten einer Schuld", tief ergreifendes Drama in 5 Akten, als 2. „Tännes als Kammerjäger". Alles krümmt sich vor Lachen. Die Rollen liegen in guten Händen. Der Verein hat keine Kosten gescheut, den Bewohnern von Kaiserau einen genußreichen Abend zu bieten. Die Vereine von Kaiserau bitten wir, diesen Abend berücksichtigen zu wollen. (Alles Nähere durch Inserat in dieser Zeitung.)

**Altena**, 22. Febr. **(Nationaler Gesangwettstreit.)** Am Sonntag, den 27. Februar, findet in dem freundlich an der Lenne gelegenen Altena (Westf.) der Delegiertentag an dem aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des M.-G.-V. „Liedertafel" veranstalteten nationalen Gesangwettstreit statt. Das Preisrichterkollegium bilden die Herren Kgl. Musikdirektor Prof. Schwarz-Köln, Kgl. Musikdirektor Neumann-Düsseldorf, Kgl. Musikdirektor Steinhauer-Oberhausen. Jeder Männer-Gesangverein, dem an gerechter Bewertung seiner Leistungen gelegen und es nicht um billige Lorbeeren zu tun ist, schicke am 27. d. M. Delegierte nach Altena. In Bezug auf Geld- und Ehrenpreise kann die „Liedertafel" in Anbetracht der Opferfreudigkeit ihrer Freunde und Gönner allen Anforderungen gerecht werden.

## Sport.

**Kamen**, 15. Febr. (Westfälische Wetturner für Leipzig.) Auf Grund des in Dortmund stattgefundenen Ausscheidungsturnens entsendet der Kreis 8a — Westfalen und Lippe — der Deutschen Turnerschaft zu den am 3. April in Leipzig stattfindenden Meisterschaftskämpfen am Gerät folgende Turner und Turnerinnen: Zehnkampf der Aelteren (über 40 Jahre alt): W. Pulvermacher, Tv. Datteln; W. Pankoke, Turngemeinde Arminia-Bielefeld; A. Massek, Tv. Harkort-Wetter. Zehnkampf der Männer: Schampera-Turn- u. Spielv. Hattingen; Placzek, Turngemeinde-Bochum; Markert, Turn- und Sportv. Jahn-Hagen; Stührk, Tv. Westfalia-Bünde; Stratmann, Tv. Germania-Hamm; Leist, Turngemeinde-Bochum, Pospich, Tv. Eintracht-Dortmund. Dreikampf der Männer: Allewischer, Tv. Gütersloh; Schorich, Tv. Herne; Schleich, Turnklub-Dortmund. Meisterschaft am Reck: Klein, Tv. Siegen; Josef Angershach, Allg. Tv.-Witten. Meisterschaft am Barren. Hartmann, Turngemeinde-Bochum, Nickel, Turngemeinde-Bochum, Schellberger, Turn- und Sportv. Jahn-Hagen. Meisterschaft am Pferd: Losch, Turngemeinde-Bochum; Middermann, Allg. Turn- und Spielverein-Rahmer. Siebenkampf der Frauen: Frl. M. Warm, Tv. Lüdenscheid von 1861; Frl. Ch. Fingerhut, Tv. Lüdenscheid von 1861; Frl. Morsbacher, Turngemeinde-Bochum; Frl. Schmellenkampf, Turngem.-Bochum; Frl. Droste, Tv. Eintracht-Dortmund; Frl. Siebel, Tv. Eilpe. Dreikampf der Frauen: Frl. Erna Reuter, Tv. Lüdenscheid von 1861; Frl. Bee, Jahn-Arnsberg; Frl. Nolte, Jahn-Arnsberg.

---

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Kreisstraße Rünthe—Overberge von Kilometer 4,8 bis 5,2 liegt beim Postamt in Kamen, Kreis Hamm, von heute ab 4 Wochen aus. 920

**Oberpostdirektion Dortmund.**


**Phrenologin!**

**Handlese-Kunst.**

Den geehrten Bewohnern von Bergkamen und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mich auf vielseitigen Wunsch beim Wirt Weilhausen, Kaiserstraße

**nur 3 Tage**

niederlassen werde. 918

**Frau Henkenjohann.**

**Hygienische Artikel**

**Frauenduschen, Gummiwaren**

liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629

**Bendin & Co., Dortmund I.,**

Schließfach 470.

Preisliste gratis und franko.

# SANDER

Bahnhofstrasse Nr. 7. Kamen. Bahnhofstrasse Nr. 7.

## 1500 Meter Kleider- u. Wäsche-Biber

**Von morgen ab verkaufen wir ca. 1500 Meter Biber** für Wäsche und Kleider, hell und dunkelfarbig, kariert und gestreift, nur prima Qualitäten.

880

**Schürzen-Siamosen** 120 cm breit, waschechte Ware jetzt **19.80**

**Hemdentuch** unsere bekannt schwere Qualität jetzt **13.80**

**Haustuch** gebl. schwere Ware, 160 cm breit jetzt **29.80**

**Bettkattun** **Bettsiamosen** in hervorragender Qualität . . . . . **16.80**

**Wäsche-Biber** Meter **13.80** Mk.

**Kleider-Biber** Meter **10.80** Mk.

**Ungebl. Nessel** unsere bekannte, ca. 80 cm breite gute Stellungsware . . . . jetzt **9.50** Mk.

**Damen-Hemden** aus Ia. Hemdentuch, vollweit Stück **33.50**

**Damen-Schürzen** aus bestem Siamosen, eleg. Wienerform mit Latz und Träger Stück **28.50**

**Damen-Beinkleider** bestes Hemdentuch, moderne Form Stück **37.50**

**Unter-Taillen** prima Qualität, auch garniert mit Spitze und Durchsätzen . . Stück **17.50**

## Sonder-Angebot!

| | | |
|---|---|---|
| Ungebleichten Cöper-Biber | Meter | 11.50 Mk. |
| Roh-Nessel schwere Ware, ca. 80 cm breit | Meter | 9.50 Mk. |
| Hemdentuch | Meter 15.50, 13.50 und | 10.50 Mk. |
| Bettsiamosen | Meter | 15.90 Mk. |
| Bettkattun waschechte Muster | Meter | 15.75 Mk. |
| Grubenhandtuchgebild 75×80 cm | Meter | 12.90 Mk. |
| Schürzensiamosen 120 cm breit | Meter | 22.50 Mk. |
| Gardinenstoffe 29.00, 27.50, 24.50, 19.50, 15.50 u. | | 11.50 Mk. |
| Strickwolle 10 Lot | 15.50, 13.50 u. | 6.00 Mk. |

**Zur Konfirmation:**

| | | |
|---|---|---|
| Reinwollene Kleiderstoffe | Meter 67.50 55.00 u. | 49.50 Mk. |
| Reinwollener Cheviot 130 cm breit | Meter | 94.50 Mk. |

## Hopp & Klein

Weststrasse 70. **Kamen** Weststrasse 70.

901

## Persil

Persil Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, **spart Arbeit Seife u. Kohlen.** Bestes selbsttätiges **Waschmittel** Preis Mk. 4.— das Paket. Henkel & Cie., Düsseldorf.

Kaufhaus Lorig, Kamen
Kaufhaus Nentwig, Kamen

Wir weisen auf das besondere Inserat über

**billige Reichsware**

auf **1. Seite. 2. Blatt** dieser Zeitung hin. 908

Elektrische

## Licht- und Kraft-

**Anlagen**

liefert in erstklassiger Ausführung unter Verwendung von Ia. Material :——: in Friedensqualität :——:

## Gustav Dunkel,

Güldentröge Nr. 25. Telephon Nr. 147.

Unverbindliche Kostenanschläge stehen zur Verfügung.

828

— Billigste Berechnung. —

## Panamahüte

**werden jetzt schon angenommen zum Formen und Reinigen.**

**W. Meckfessel, Kamen.**

903

Reinigen Färben

**Umpressen**

von alten Hüten 97

**schnell und sehr billig.**

**E. Wette, Kamen,**

**Bahnhofstrasse 55.**



Quälen Dich die Hühneraugen, musst Du Kukirol gebrauchen

**Kukirol** beseitigt schnell, sicher und schmerzlos

Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen. Schachtel M. 1.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Germania-Drogerie H. Jacoki. 532

## Reparaturen

an

**Automobilen, Motorrädern und Elektromotoren**

werden prompt ausgeführt von fachkundigen Monteuren, mit langjährigen Erfahrungen, durch die

509 **Westdeutsche**

**Elektro- und Auto-Industrie**

**Karrenberg & Klicks**

Fernruf 466 **Unna** Büro: Burgstr. 30.

Reparatur-Werkstatt: früher Rasche-Brauerei, Morgenstrasse.

## LACTO-EIPULVER (Lactovolin)

**Seit Jahren erprobt und eingeführt!**

Beutel Mk. 1.—, Paket Mk. 4.85 (ermäßigter Preis).

„Lacto-Rührei-Pulver" (Neuheit) „Lacto-Qualitäts-Pudding-Pulver"

Alleinhersteller: **LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.** 5127